

# forum



Beurlaubung    Sabbatical    Beförderung    Inklusion    Multiprofessionelle Teams  
Schulsozialarbeit    Tarifbeschäftigte

**Work-Life-Balance**    Eingruppierung    **Karriere**

Teilzeit    Elternzeit    Versetzung    Verbeamtung    Seiteneinstieg

Mutterschutz    Entfristung    Vertretungsverträge    Amtsärztliche Untersuchung

Weiterbeschäftigung    Ruhestand    **Gesundheit**    Dienstunfall    BEM    Wiedereingliederung

**GEW**  
Fraktion

**In allen Fragen...**

...schnell und kompetent

Personalräte  
für Lehrkräfte  
im Bezirk Köln

## Liebe Kolleg\*innen,

wir geben dem Personalrat ein Gesicht! Die erste Hälfte dieser Ausgabe klärt darüber auf, was unsere Kolleg:innen im Personalrat für Befugnisse haben, um unsere Interessen gegenüber der Bezirksregierung bzw. dem Schulamt zu vertreten.

Alle Kandidat:innen, die für die GEW antreten, findet ihr – nach Schulform sortiert – auf den folgenden Seiten. Die einzelnen GEW-Fraktionen (von der Grundschule bis zum Berufskolleg) haben formuliert, was sie in den letzten vier Jahren zu tun im Stande waren und was ihre Ziele für die kommende Legislaturperiode sein werden.

Wir alle sollten für eine hohe Wahlbeteiligung sorgen, damit die künftigen Personalräte der einzelnen Schulformen eine starke Legitimation haben!

Wer ihre/seine Stimme der GEW gibt, entscheidet sich nicht nur für eine starke Interessenvertretung der Beschäftigten, sondern wählt auch die Liste, die landes- und bundesweit am besten vernetzt ist.

Wer ihre/seine Stimme der GEW gibt, stärkt nicht nur die Mitbestimmung auf dienstlicher Ebene, sondern bezieht auch klar Stellung im Kampf gegen Rechts und für Demokratie!

Gerade zu diesem Thema bietet der Kölner GEW-Stadtverband eine erste Reihe von Veranstaltungen an (s. Rubrik KALENDERBLATT) und setzt sich beim DGB, dem Dachverband von ver.di, IG BAU, IG BCE, IG Metall, EVG, GDP, NGG und GEW, für gemeinsame Aktionen gegen den Rechtsruck und die zunehmende Kriegsrhetorik ein.

Dass das nötig ist, zeigt das vergangene Jahr. Welcher Börsenwert hat 2023 am meisten zugelegt? - Der des Rüstungskonzerns „Rheinmetall“. Welcher hat die größten Verluste eingefahren? - Die Abteilung für nachhaltige Energie von Siemens.

Und was die 2024 weiteren anstehenden Wahlen am Ende für uns und unsere Gesellschaft bedeuten werden, ist noch längst nicht klar: Kommunalwahlen im Mai in Thüringen, im Juni in Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Dann die Landtagswahlen im September in Thüringen, Sachsen und Brandenburg und im November noch die Präsidentschaftswahl in den USA.

Zurück zum Ausgangspunkt! Für alle diese Wahlgänge gilt, dass Demokratie nicht nur bedeutet, das Wahlrecht zu nutzen, sondern darüber hinaus auch aktiv mitzubestimmen! Setzen wir bei den Personalratswahlen ein Zeichen! Geht wählen, geht GEW wählen! Liste 1!

Eure „forum“-Redaktion

**Geht  
wählen,  
geht  
GEW  
wählen!  
Liste 1**

## In Erinnerung an Henning Cremer, ein Urgestein der Kölner GEW

In großer Trauer sind wir vom Tod unseres Kollegen Henning Cremer informiert worden. // **Klaus Minartz**



Henning und seine Frau Ursel waren für die „forum“-Redaktion zuständig, als ich mich als neues Mitglied bei der GEW informieren wollte, was ich aktiv für die Gewerkschaftsarbeit beitragen könnte - um nicht nur Beitrag zu zahlen. Ich habe sie noch im alten GEW-Büro getroffen.

Beide haben mich zur Mitarbeit in der „forum“-Redaktion motiviert. Lange haben wir gemeinsam in der Redaktion gearbeitet, Henning als verantwortlicher Redakteur. Seine frühe schleichende Erblindung konnte ihn nicht daran hindern, mit einer großen Lupe die Texte zu redigieren.

Henning wurde immer wieder als Vertreter seiner Fachgruppe in den Geschäftsführenden Vorstand der Kölner GEW gewählt und vertrat engagiert deren Interessen. Unser letztes Treffen war seine Ehrung für 40 Jahre GEW-Mitgliedschaft im letzten Jahr.

Henning ist mit großer Anteilnahme am Dienstag, dem 12. März 2024, auf dem Melatenfriedhof beerdigt worden.

Die GEW trauert mit seiner Familie.

## forum 1-2024

### KALENDERBLATT

RheinBerg: Klassenrat & Aufsichtspflicht  
GEWerkchaft gegen Rechts!

4  
5

### KONTAKTE

Gremien zum Mitmachen

6

### TITELTHEMA: GEWählen!

Wer ist und was macht mein Personalrat?

7

### Kandidaturen zur Personalratswahl 2024:

Der Örtliche Personalrat Grundschule 8  
Der Bezirkspersonalrat Förderschule 11  
Der Bezirkspersonalrat Hauptschule 12  
Der Bezirkspersonalrat Realschule 14  
Der Bezirkspersonalrat Gesamtschule 16  
Der Bezirkspersonalrat Gymnasium und WBK 20  
Der Bezirkspersonalrat Berufskolleg 22

### RECHTLICHES

Wie weiter nach dem EGMR-Urteil?

24

### AUS DEN GREMIEN

Hippes HIB 28  
Gesamtschule in Neubrück?! 31  
Nicht schon wieder! - Tunnel soll Rendite bringen ... 32  
Frau an Kölner DGB-Spitze 33  
GEW NRW-Umfrage zu Gewalt an Förderschulen 34

### GESELLSCHAFT

Obszöne Parallelgesellschaft

36

### FRIEDEN & INTERNATIONALES

Frieden hat man nicht, er muss gemacht werden ...

38

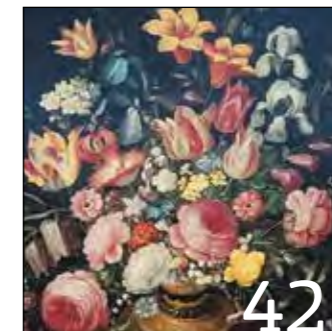
### AKTIVE RUHESTÄNDLER\*INNEN

Grannies4F 40  
Blick aufs Rheinland 41  
Besuch im Barock 42

### FCK AFD

Warum wir Beschäftigten die AfD nicht wählen können ... 43

Einladung zur Mitgliederversammlung 44



Auf den Internetseiten [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de) oder auf [ww.gew-nrw.de](http://ww.gew-nrw.de) sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

### IMPRESSUM

**Herausgeber**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Stadtverband Köln

Hans-Böckler-Platz 1  
50672 Köln

Telefon 02 21 51 62 67  
Telefax 02 21 52 54 46

**Homepage:** [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de)  
**E-Mail:** [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de)  
[facebook.com/gewkoeln/](https://facebook.com/gewkoeln/)

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

**Redaktion:** Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst, Ines Bartenstein und Eva Caspers

**Konto:** BBBank eG  
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

**Druck:** Zimmermann GmbH, Köln

**Vertrieb:** GWK, Köln

**Layout:** gowomedien GmbH, Köln





**Aufsichtspflicht:  
Immer mit einem Bein im Gefängnis...?**

mit Uwe Riemer-Becker

Die Aufsichtspflicht ist ein „heißes Eisen“ an jeder Schule. Wir erklären die schulrechtlichen Vorgaben, den Handlungsspielraum von Schulleitung und Kollegium und die Rechte und Pflichten der einzelnen Lehrpersonen. Zusätzlich geben wir Hinweise für Notfallsituationen und das eigene Verhalten, wenn die Aufsichtspflicht tatsächlich verletzt wurde:

- Rechtliche Grundlagen
- Unterschied „Aufsicht“ und „Beaufsichtigen“
- Was bedeutet „aktiv“, „präventiv“ und „kontinuierlich“?
- Pflichten der Schüler:innen
- Notfälle: Schüler:innen laufen weg oder werden gewalttätig ...
- Vorgehen bei und Hilfe von Personalrat und GEW bei Aufsichtspflichtverletzungen

Jede/R Teilnehmende erhält ein ausführliches Skript.

**Termin:** 14.5.2024 von 16:00 bis 18:30 Uhr  
**Technik-Check:** ab 15:45 Uhr (vor Beginn der Fortbildung)  
**Format:** Online über Zoom  
**Referent:** Uwe Riemer-Becker  
**Anmeldung:** Bis 7.05.2024 unter Angabe von NAMEN, SCHULFORM UND GEW-MITGLIEDSNUMMER (FALLS VORHANDEN), UNTERGLIEDERUNG (RS, OB, LEV, KÖLN), in der Geschäftsstelle Köln für die GEW Rhein Berg: [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de)  
**Kosten:** GEW Mitglieder werden bevorzugt berücksichtigt. Für GEW-Mitglieder 5 €, sonst 10 €, für LAA's 0,00€  
**Technik:** Für die Teilnahme ist die Installation der kostenlosen Software „Zoom“ auf Ihrem Gerät erforderlich (PC/ Notebook empfohlen).

Die Zugangsdaten werden Ihnen bis einen Tag vor der Veranstaltung per Mail zugesandt.



**Der Klassenrat -  
demokratisches Handeln im Kontext Schule**

mit Frau Günther-Sokolov

Der Klassenrat als eine Realisierung demokratischen Handelns innerhalb der Richtlinien und des Referenzrahmens Schulqualität NRW

- Der Klassenrat in Theorie und Praxis vor dem Hintergrund der Kinderrechte als Grundlage demokratischen Handelns. Dabei geht es zunächst um die Definition: die Ziele und die grundlegenden Prinzipien des Klassenrats
- Der Klassenrat in seiner konkreten Funktion: Dabei wird erörtert, auf welche Art und Weise der Klassenrat bereits ab Klasse 1 sukzessiv eingeführt und zu einem stabilen Ritual der Klasse werden kann.
- Fokus auf Einführung und Verteilung der Ämter und Rollen sowie auf den zu vereinbarenden Regeln zum Ablauf. Damit der Klassenrat von Schüler:innen immer autonom durchgeführt werden kann.
- Verschiedene Möglichkeiten zum Sammeln von Tagungsordnungspunkten, die sich nicht nur allein auf Beschwerden reduzieren, werden vorgestellt.
- Ziel (in Klasse 4) ist die selbstständige Durchführung des Klassenrats durch die Schüler:innen mit Unterstützung der Lehrer:in im Hintergrund.

**Termin:** 24.4.2024 15:00 bis 18:00 Uhr  
**Format:** Online über Zoom  
**Referent:** Frau Günther-Sokolov (Baritzky-Gruppe)  
**Anmeldung:** Bis 17.04.2024 unter Angabe von NAMEN, SCHULFORM UND GEW-MITGLIEDSNUMMER (FALLS VORHANDEN), UNTERGLIEDERUNG (RS, OB, LEV, KÖLN), in der Geschäftsstelle Köln für die GEW Rhein Berg: [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de)  
**Kosten:** GEW Mitglieder werden bevorzugt berücksichtigt. Für GEW-Mitglieder 5 €, sonst 10 €, für LAA's 0,00€  
**Technik:** Für die Teilnahme ist die Installation der kostenlosen Software „Zoom“ auf Ihrem Gerät erforderlich (PC/ Notebook empfohlen).

Die Zugangsdaten werden Ihnen bis einen Tag vor der Veranstaltung per Mail zugesandt.



// EINLADUNG //



**„politische Neutralität“ der (politischen) Bildung –  
Welche Unabhängigkeit braucht Bildung in einer demokratischen  
Gesellschaft?  
Montag, den 13. Mai 2024, 16h00-20h00 (online)**

Impulsvortrag mit anschließender Diskussion und Erfahrungsaustausch

Referentinnen: Prof. Dr. Gudrun Hertges (Universität zu Köln)

Prof. Dr. Bettina Lösch (Universität zu Köln)

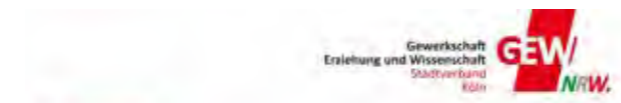
Der Begriff der Neutralität in der (politischen) Bildung avanciert seit einigen Jahren zu einem Kampfbegriff. Rechtsaußenparteien wie die AfD profilieren sich mit der Forderung, politische Bildung müsse politisch neutral sein und betonen sich dabei u.a. auf den „beutelfreier Konsens“. Mittels der Einrichtung von „Weite- bzw. Denunziationsplattformen“ haben AfD-Fraktionen und Abgeordnete in den verschiedenen Bundesländern den Versuch unternommen, Lehrkräfte, die sich kritisch mit Rassismus und Rechtsextremismus auseinandersetzen, massiv einzuschüchtern. Somit entstand an den Schulen, aber auch im außerschulischen Bereich, ein Klima der Verängstigung und Beschränkung.

Auch wenn die Neutralitätskonzepte zunächst von Rechtsaußenparteien wie der AfD angestoßen wurde, so entwickelte die Debatte in den letzten Jahren eine eigene Dynamik. Auch staatliche Behörden und Ministerien fördern bei der Vergabe öffentlicher Gelder eine Neutralität der Förderempfänger:innen. Die aktuelle Diskussion um die Aberkennung von Gemeindegeldern von Vereinen dreht sich auch um die Frage nach deren „geistigen Offenheit“.

Wir wollen diese Neutralitätskonzepte in all ihren Facetten darlegen. Die anschließende Diskussion dreht sich um die Frage, inwiefern ausgehend von den in ihrer Bildungsarbeit eingeschätzt werden, die sich eigentlich gegen Diskriminierung, gegen Rassismus und Antisemitismus, gegen Ungleichwertigkeitsideologien und gegen Menschenfeindlichkeit einsetzen und zugleich für eine gesellschaftliche Demokratisierung einsetzen. Wir hoffen auf eine produktive Debatte, um gemeinsame und solidarische Handlungsstrategien zu entwickeln.

Die gemeinsame Veranstaltung der GEW Köln mit dem Gesprächskreis Bildungspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung findet im Konferenzsaal Zoom statt. Login-Daten werden nach erfolgreicher Anmeldung rechtzeitig vor der Veranstaltung per Mail an die Teilnehmer:innen versendet.

Eine Anmeldung ist erforderlich bis zum 6.5.2024 an [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de) (für GEW-Mitglieder) bzw. [OK.Bildungspolitik@rosalux.org](mailto:OK.Bildungspolitik@rosalux.org) (über die Rosa-Luxemburg-Stiftung).



// EINLADUNG //



**Politische Bildung gegen den Rechtsruck braucht:  
kritische Demokratiebildung  
Dienstag, den 21. Mai 2024, 18h00-20h00  
im Tagungsraum des DGB-Hauses Köln  
(Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, Erdgeschoss)**

Impulsvortrag sowie Austausch & Diskussion

Dass die Demokratie durch den gegenwärtigen Rechtsruck gefährdet ist, wird medial an vielen Stellen konstatiert. Auch die Schule – so heißt es immer wieder – müsse hierauf reagieren. Allerdings sind die Themen Demokratiegefährdung und Rechtsextremismus in der schulischen politischen Bildung seit Jahren absolut marginalisiert. Dies betrifft die Lehrpläne, Schulbücher und Lehrer:innen aus- sowie fortbildungen.

Wenn es die politische Bildung jedoch mit ihrem Ziel der Mündigkeit und Demokratie ernst meint, muss sie – so die im Vortrag begründete These – kritische Demokratiebildung zum Inhalt haben. Dabei ist das strukturelle Spannungsverhältnis zwischen liberaler Demokratie und Kapitalismus zu problematisieren: Politische Bildung darf nicht lediglich konservativ auf die Sicherung der bestehenden politischen Ordnung abzielen – wie es in der vorherrschenden Politikdidaktik erfolgt –, sondern muss die Demokratisierung der Gesellschaft als Lerngegenstand haben. Hierzu zählt u.a. auch die Frage nach Vergesellschaftung und Demokratisierung der Wirtschaft.

Nur so können Schüler:innen ermutigt werden, Gesellschaft im emanzipatorischen Sinne zu gestalten und dem demokratische- und menschenfeindlichen Denken die Werte der Freiheit und Selbstbestimmung entgegenzusetzen.

Unsere Referent Dr. Sascha Regier ist Soziologe, Lehrer am Heinrich-Mann-Gymnasium Köln und Mitglied im Forum kritische politische Bildung der Association für kritische Gesellschaftsforschung (AKG). 2023 ist sein Buch „Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung“ erschienen.

Eine Anmeldung ist erforderlich bis zum 14.5.2024 an [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de).

// EINLADUNG //



**„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ –  
mehr als nur ein Titel!  
Mittwoch, den 12. Juni 2024, 18h00-20h00  
im großen Saal des DGB-Hauses Köln  
(Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, 1. Stock)**

Impulsvortrag sowie Austausch & Diskussion

Schulen sind Orte, an denen Kinder und Jugendliche eigentlich einen gleichberechtigten und fairen Umgang miteinander erwarten können. In der Schule machen Schüler:innen aber auch eigene Diskriminierungserfahrungen oder beobachten sie bei anderen.

Das Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR-SmC) reagiert darauf. Es ist das größte Schulnetzwerk in Deutschland und ein Vorhaben, an dem alle Schulmitglieder mitwirken können. Es bietet Schüler:innen und Pädagog:innen die Möglichkeit, das Schulklima an ihrer Schule so zu gestalten, dass sich alle bewusst gegen Gewalt, Diskriminierung und Mobbing entscheiden und für Wertschätzung, Empathie und Gleichberechtigung einsetzen.

Doch was bedeutet das genau? Wie wird man eine Schule mit Courage und ab wann ist man eine Schule mit Courage? Welche Selbstverpflichtung geht man als Courage-Schule ein?

Als Referentin wird uns Yvonne Rogoll vom Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ durch die Veranstaltung begleiten.

Eine Anmeldung ist erforderlich bis zum 5.6.2024 an [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de).

**Unser ONLINE-KALENDER**  
 Alle GEW-Termine im Überblick – leicht über unsere Homepage per Klick zu erreichen ([gew-koeln.de](http://gew-koeln.de))!

**AKTIVE RUHESTÄNDLER:INNEN laden ein:**

**„Stadtspaziergang im Kölner Veedel“:**

Führung durch die Riphahn-Siedlung in Zollstock (zwischen Zollstockgürtel und Vorgebirgsstraße) am 15. Mai 2024 in der Zeit von 14 Uhr - 16 Uhr mit Angelika Lehndorff-Felsko.

Die Siedlungen, die Architekt Wilhelm Riphahn mit seinem Mitarbeiter Grodt im Auftrag der GAG in Köln schuf, machten ihn schlagartig bekannt und wurden weit über die Landesgrenzen hinaus zum Vorbild.

Sie sind es bis heute, haben auch nach hundert Jahren nichts von ihrer Wohnqualität eingebüßt und sind entsprechend begehrt.

Dabei ist es richtig, dass sofort der Blaue Hof und die Weiße Stadt genannt werden, aber völlig unverständlich, dass die kleinere Siedlung Zollstock meistens unerwähnt bleibt. Denn gerade hier offenbart sich Riphahns Meisterschaft; er errang im Wettbewerb nicht nur den ersten, sondern auch den zweiten Preis! Und welchen Stellenwert die GAG dieser Siedlung einräumte, zeigt sich daran, dass sie alle teilnehmenden Architekten zu einer Studienfahrt in die Niederlande, dem Mekka der damaligen modernen Architektur, einlud.

Sowohl von der Wohnqualität als auch besonders von städtebaulichen Aspekten her haben seine stets begründeten Siedlungen bis heute Vorbildcharakter.

Ein Spaziergang macht die ausgesprochenen Schönheiten dieser Bauten deutlich.

Als kleiner Stadtspaziergang (über ca. 1,5 - 2 Std.) führt uns Angelika Lehndorff-Felsko durch diese besondere Kölner Siedlung, im Abschluss finden wir in einem Café am Zollstockweg noch Gelegenheit für einen gemächlichen Austausch

Treffpunkt: 14 Uhr Ecke Zollstockgürtel/Alfterstraße (direkt neben der Bushaltestelle, 3 Min. von der Straßenbahnstation auf dem Höniger Weg entfernt)

Kostenbeitrag: 5 Euro/Personen

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de) oder Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

**Haltung zeigen im Gespräch – Infos und Erprobungen aus dem Projekt „GeradeRücken“**

Veranstaltung des Kölner GEW-Arbeitskreises AKTIVE RUHESTÄNDLER:INNEN

Referentin: Uschi Kellermann

Montag, 27.5.2024, 15 Uhr bis 18 Uhr

im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, Tagungsraum (EG)

Wer kennt das nicht! Plötzlich werden wir konfrontiert mit rechtsextremem Gedankengut in unserem Umfeld oder in Alltagssituationen. Was tun in diskriminierenden Situationen und schwierigen Kommunikationssituationen?

Oft ist unsere Reaktion: Schweigen! Wir wissen nicht, was wir sagen sollen.

Unsere Kollegin Uschi Kellermann berichtet mit viel Begeisterung und Engagement über das Projekt ‚GeradeRücken‘ - Haltung zeigen im Gespräch, skizziert die Grundidee dahinter und erprobt mit uns gemeinsam, wie wir gut Argumente bündeln und uns einschalten können in den kleinen Situationen des Alltags. Ziel ist, dass wir uns jederzeit souverän einmischen können für ein buntes und lebendiges Leben und Arbeiten in Köln.

Um eine Anmeldung wird gebeten an: [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de)

# Arbeitsgremien zum Mitmachen!

## FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg\*innen.

## BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

## ERWACHSENENBILDUNG

Dr. Lioba Waleczek, liobawaleczek@web.de

Klaus Mautsch, klaus@mautscherholz.de

## GESAMTSCHULE

Eva Caspers, eva.caspers@gew-nrw.de

Nick Bauermeister, nick.bauermeister@gew-nrw.de

## GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693, thorsten@albersmann.koeln

Katja Nielsen, 0221-5506556, katja.nielsen@gmx.de

## GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide\_panek@web.de

## HAUPTSCHULE

Hakan Türken, hakan.tuerken@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

## HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Mirjam Berg, mrjmborg@gmail.com

Sonja Gaedicke, sonjagaedicke@gmail.com

Sarah Karim, sarah.karim@gmx.de

Ulrike Wesch, ulrikewesch@posteo.de

## REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe, karenkiethe@gmail.com

## SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann, timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann, maren.bennemann@gew-nrw.de

## SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Alfter, rainer.jettke@koeln.de

## AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

## AKTIVE RUHESTÄNDLER\*INNEN

Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

Nanny Gatzen-Stadter, Nanny.Gatzen-Stadter@t-online.de

## ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey, henning.m.frey@web.de

Julian Gurster, julianguerster@gmx.de

## QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326, b.kiefer1@gmx.de

## JUNGE GEW/STUDIERENDE

Dilem Bulut, bulutdilem1@gmail.com

## LEHREN UND ERZIEHEN ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IN KÖLN (LEMK)

Silvia Treder, treder.silvia@gmail.com

Hasan Taşkale, Telefon: 0177-2403581, kontakt@gew-koeln.de

## OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener, a.kloekener@online.de

Hans Raatz, raatz\_hans@hotmail.com

## ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

## INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

## SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Prof. Dr. Anne Ratzki, T: 0221-684871, E-Mail: annrat@gmx.de

Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@gmail.com

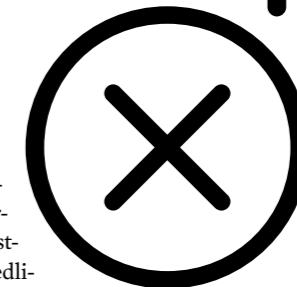
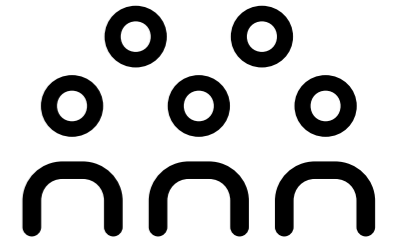
Stefan Schüller-Breu, stefan.schueller@gmx.net

## FRIEDEN & INTERNATIONALES

Peter Heim, peter.heim@posteo.de, 0221-94658008

Nächster Termin: Dienstag, 23. April 2024, 17.30 Uhr  
Ort: GEW-Büro, Besprechungsraum

# Personalratswahlen 2024: GEW – Liste 1 wählen!



## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

spätestens im Mai erreichen euch die Wahlunterlagen für die Personalratswahlen.

Wir sind stolz darauf, dass die GEW sich in den Bezirkspersonalräten der verschiedenen Schulformen in den vergangenen Jahren konsequent für die Beschäftigten eingesetzt und Erfolge für sie erreicht hat. Jetzt kommt es darauf an, dass diese erfolgreiche Arbeit weitergeführt werden kann. Dafür benötigen die Kandidat\*innen Eure Unterstützung, indem Ihr mit Eurer Stimmabgabe für ein gutes Abschneiden der GEW-Kandidat\*innen sorgt. Angesichts des Maßnahmenpakets Unterrichtsversorgung, der drohenden Verschlechterung von Arbeitsbedingungen durch den Lehrkräftemangel setzt eine hohe Wahlbeteiligung ein deutliches Zeichen.

Auf den nächsten Seiten stellen wir euch die Kölner Personalratskandidat\*innen der einzelnen Schulformen vor. Sie benennen Schwerpunkte ihrer Arbeit und Themen, für die sie sich besonders einsetzen werden.

## Personalrat, Lehrerrat, Hauptpersonalrat – wer tut was?

### Ein ABC der Vertretungsorgane

Anlässlich der bevorstehenden Personalratswahlen möchten wir einige grundlegende Informationen über die Vertretungsorgane Personalrat, Lehrerrat und Hauptpersonalrat geben. // Ines Bartenstein, Mitglied im GfV der GEW Köln und Personalrätin

### Der Personalrat

Jede Schulform hat einen Lehrer\*innen-Personalrat, der die Interessen der Beschäftigten gegenüber der Bezirksregierung vertritt. Weil die Schulen in NRW in fünf Bezirke aufgeteilt sind (Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster) gibt es in jedem dieser Bezirke Personalräte für die einzelnen Schulformen. Eine Ausnahme bilden die Grundschulen. Die sind nämlich der unteren Schulaufsichtsbehörde – dem Schulamt – unterstellt und deshalb gibt es in jedem Schulamtsbezirk zusätzlich einen Örtlichen Personalrat.

Die Personalräte vertreten die Interessen der Lehrkräfte gegenüber dem Dienstherrn und haben unterschiedliche Einflussmöglichkeiten. So haben wir ein Mitbestimmungsrecht z.B. bei der Einstellung. Bei Ausschreibungen z.B. steht uns ein Mitwirkungsrecht zu. Manchmal haben wir nur ein Anhörungsrecht. Der Personalrat gibt zum Beispiel bei der Überprüfung der Dienstfähigkeit nach langer Krankheit eine Stellungnahme (Anhörungsrecht) ab und unterstützt Kolleg\*innen, die noch nicht in Pension gehen wollen, durch Gespräche mit der Bezirksregierung.

Wofür sind wir zuständig? Neben allem, was mit der Einstellung zu tun hat (Auswahlgespräche, Einstufung, Eingruppierung, Problemen bei der Verbeamtung), kümmern wir uns um Versetzungswünsche, Beförderung, Laufbahnwechsel, Entfristung von langjährig beschäftigten Vertretungskräften und Fortbildungen. Wir beantworten Fragen zur Elternzeit, zu Beurlaubungen. Wir sind für unsere Kolleg\*innen da, wenn es um Probleme bei längerer Krankheit geht, um Beratung hinsichtlich Altersteilzeit und Wege in den Ruhestand.

Wir beraten und begleiten Kolleg\*innen auf Wunsch zu Dienstgesprächen bei der Bezirksregierung und helfen bei allen dienstlichen Angelegenheiten. So kommt es auch vor, dass Kolleg\*innen uns um Unterstützung bitten bei Gesprächen mit der Schulleitung. Ein weiteres Aufgabenfeld ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Wir sind zur Verschwiegenheit verpflichtet und handeln dann, wenn wir von Kolleg\*innen dazu beauftragt werden.

### Der Lehrerrat

Der Lehrerrat, der übrigens genau wie Personalrat und Hauptpersonalrat für vier Jahre gewählt wird, vertritt die Angelegenheiten des Kollegiums gegenüber der Schulleitung. Er hat laut Schulgesetz eine Mittlerrolle. Die Schulleitung ist verpflichtet, ihn umfassend über alle Angelegenheiten des Kollegiums zu informieren und ihn anzuhören. Mit der

vor etlichen Jahren durchgeführten Übertragung einiger Dienstvorgetztenaufgaben von der Bezirksregierung auf die Schulleitungen haben die Lehr-

räte mehr Beteiligungsrechte bekommen. Zum Beispiel müssen sie bei der Anordnung von vorhersehbarer Mehrarbeit durch die Schulleitung um Zustimmung gefragt werden.

Bei den Schulen, bei denen die Schulleiter:innen die erweiterten Dienstvorgesetzeneigenschaften haben – davon gibt es aber nicht viele – übernimmt der Lehrerrat weitere Aufgaben des Personalrats.

## Zusammenarbeit von Lehrerräten und Personalräten

Die Zusammenarbeit von Lehrerrat und Personalrat ist sehr wichtig. Der Lehrerrat kennt die Probleme vor Ort und kann den Personalrat informieren und beauftragen, wenn das nötig wird.

Die Personalräte sind auf die Informationen der Lehrerräte angewiesen, wenn sie sich zum Beispiel ein umfassendes Bild von den Verhältnissen vor Ort machen wollen.

## Der Hauptpersonalrat

Jede Schulform hat einen Hauptpersonalrat. Er ist die beim Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) in NRW gebildete Interessenvertretung der Lehrkräfte. Er ist befasst mit landesweiten Regelungen und Erlassen und hat dabei umfängliche Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Anhörungsrechte. Die Hauptpersonalräte beraten die Beschäftigten in allen dienstlichen Angelegenheiten.

Der Hauptpersonalrat verhandelt die Fälle als Stufenvertretung, wenn sich die Personalräte und die Bezirksregierung nicht einigen können.

Bezirkspersonalräte und Hauptpersonalräte arbeiten eng zusammen. Das ist sehr wichtig im Hinblick auf Informationsaustausch und Koordinierung. Die Wahl der Hauptpersonalräte findet gleichzeitig mit den Wahlen der Bezirkspersonalräte statt.



# Grundschule: Gute Beratung, wichtige Informationen, professionelle Begleitung, besondere Unterstützung

Eure GEW-Personalräte an den Kölner Grundschulen

... und wieder setzen wir uns in den kommenden vier Jahren für Euch ein und kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen



## Geschafft!

- A 13/EG 13 durchgesetzt
- Tarifverhandlungen in Potsdam am Verhandlungstisch mitgestritten und ein gutes Ergebnis erzielt!
- Sozialpädagogik/MPT in den Grundschulen unterstützt und beraten
- Fortbildungen angeboten
- Professionelle Beratung und Unterstützung in Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes
- Beratung im Bereich der Schwerbehinderung
- Unterstützung der HSU-Lehrkräfte
- Beratung Ruhestand
- Begleitung bei dienstlichen Gesprächen
- Durchsetzung von Teilzeit

## Das wollen wir erreichen ...

- Recht auf Teilzeit
- Mehr Zeit für Aus- und Fortbildungen schaffen
- Entlastung durch
  - kleinere Klassen
  - Anhebung der Entlastungsstunden für Kollegien
  - Entlastungsprogramme starten
  - Weiterqualifizierung von Seiteneinsteigern
  - Pädagogische Freiheiten ausbauen
  - Standards für Inklusion neu aufstellen
  - Digitalisierung verbessern
  - Qualifiziertes Personal für jede Grundschule
  - Rechtsberatung in schwierigen Fällen

Die Kollegien in den Grundschulen stehen in den nächsten Jahren wieder einmal vor großen Herausforderungen. Umso wichtiger ist eine engagierte Personalvertretung. Wir als GEW-Vertretungen im örtlichen Personalrat werden Euch auch weiterhin souverän begleiten und professionell beraten.



„Arbeitsbelastung deutlich senken – Privatleben und Beruf in Einklang bringen“  
**Silke Knabel**  
Sonderpädagogin  
Schule Kunterbunt



„Ohne uns geht es nicht – Sozialpädagogik in der Grundschule“  
**Thomas Ridder-Padberg**  
Dipl.-Soz.-Pädagoge  
Schule Kunterbunt



„Beruf und Familie – das muss gehen“  
**Jessica Fischer**  
Grundschullehrerin  
KGS Fußballstraße



„Kleinere Klassen- bessere Förderung!“  
**Katja Nielsen**  
Grundschullehrerin  
GGS Lindbornschule



„Teilzeit muss für alle möglich sein“  
**Anke Bieberstein**  
Grundschullehrerin  
GGS Weimarer Straße



„Entlastung schaffen – Konzentration auf die Kernaufgaben“  
**Johanna Bohr**  
Grundschullehrerin  
Kardinal-Frings-Schule



„Gut und gesund arbeiten in der Schule“  
**Martina Schütte**  
Sonderpädagogin  
GGS Halfengasse



„Vielfalt wertschätzen“  
**Ali Dogan**  
HSU-Lehrer  
GGS Bernkasteler Straße



„Irgendwann ist Schluss – Wege in den Ruhestand“  
**Sylvia Reichenbach**  
Sonderpädagogin  
GGS Breslauer Straße



„Als Lehrerrat eine Kultur der Mitbestimmung schaffen.“  
**Anja Schüßler-Klein**  
 Sonderpädagogin  
 GGS Breslauer Straße



„Burnout? – Nein, danke!“  
**Thorsten Albersmann**  
 Sonderpädagoge  
 KGS Heßhofstraße



„Multiprofessionelle Teams an jede Schule“  
**Regina Hiertz**  
 Dipl. Sozialpädagogin  
 GGS Europaring



„Grenzen setzen – Arbeitsbelastung reduzieren“  
**Meike Birnkott**  
 Sonderpädagogin  
 GGS Lindenbornschule



„Gelingende Inklusion braucht mehr!“  
**Verena Pappert**  
 Grundschullehrerin  
 GGS Steinbergerstraße



„Schule kann nur gemeinsam funktionieren“  
**Johanna Berge**  
 Sonderpädagogin  
 Rosenmaarschule



„Diversität ist ein Reichtum“  
**Birten Gündüz**  
 HSU-Lehrerin  
 GGS Lustheider Straße

## Die Kölner Kandidat\*innen für die Wahl des Personalrats der Förder- und Klinikschulen stellen sich vor.

Förder- und Klinikschulen übernehmen eine wichtige Funktion innerhalb der Schullandschaft in NRW. Für die Verbesserungen der Bedingungen an den Förderschulen und Klinikschulen im Regierungsbezirk Köln setzen wir uns im Personalrat für Euch ein:



**Esther Brandt**

[esther.brandt@gew-nrw.de](mailto:esther.brandt@gew-nrw.de)

Lehrerin an der Eduard-Mörrike-Schule  
 Mitglied der Bundesfachgruppe Sonderpädagogische Berufe  
 Mitglied der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe NRW  
 Mitglied der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe Köln



**Elisabeth Sussiek-Sorajic**

[elisabeth.sussiek-sorajic@gew-nrw.de](mailto:elisabeth.sussiek-sorajic@gew-nrw.de)

Lehrerin an der Förderschule Berliner Straße 36 (Porz)  
 Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der GEW Köln  
 Mitglied der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe Köln



**Timo Hemmesmann**

[timo.hemmesmann@gew-nrw.de](mailto:timo.hemmesmann@gew-nrw.de)

Lehrer an der Gertrud-Bollenrath-Schule  
 Leitung der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe Köln



**Maren Bennemann**

[maren.bennemann@gew-nrw.de](mailto:maren.bennemann@gew-nrw.de)

Lehrerin an der Schule Auguststraße  
 Leitung Referat M Digitalisierung NRW  
 Kooptiertes Mitglied der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe NRW  
 Leitung der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe Köln

Wir sind online!

<https://www.gew-personalratfoerderschulen-koeln.de>



Dort findet Ihr unter anderem unsere Podcasts „GEW InfoHRmiert“, unsere Online-Fortbildungsformate „GEW Informiert Online“ sowie viele wichtige Informationen in unserem Download- und Linkbereich.

# GRUNDSCHULE

# FÖRDERSCHULE

Das sind wir, Eure GEW-Kandidatinnen und Kandidaten für den Personalrat Hauptschule.

				
<b>Philip Kurzweg</b> Lehrer in Aachen Personalratsvorsitzender	<b>Claudia Seidel</b> Lehrerin in Köln Personalrätin	<b>Annabelle Navarro Garcia</b> Lehrerin im Kreis Siegburg Personalrätin und Hauptpersonalrätin	<b>Nicola Schäbitz</b> Lehrerin im Kreis Oberberg 2. Stellvertretende Personalratsvorsitzende	<b>Julia Urban</b> Lehrerin im Kreis Oberberg Personalrätin
				
<b>Amelie Bek</b> Lehrerin in Bonn	<b>Patricia Faust</b> Lehrerin in Köln	<b>Hakan Türken</b> Lehrer in Köln	<b>Annamarie Papp-Derzsi</b> Lehrerin in Wachtberg	<b>Christian Marder</b> MPT in Köln

#### Das sind unsere Aufgaben im Personalrat für Euch:

- Vertretung der Interessen der Beschäftigten
- Konfliktlösungsangebote machen
- Überwachung der Gleichbehandlung
- Überwachung der Rechte und Pflichten
- Einberufung der Personalversammlung
- Unterstützung bei Anregungen und Beschwerden
- Teilnahme an Dienstgesprächen
- Mitbestimmung bei:
  - Einstellungen
  - Befristungen
  - Versetzungen
  - Abordnungen
  - Vorzeitige Vereetzung in den Ruhestand
  - Kündigung

#### Das sind unsere Ziele:

- Uns weiterhin für Eure Belange einzusetzen
- Eure Interessen gegenüber der Dienststelle zu vertreten
- Euch zu beraten und bei Fragen zu rechtlichen Belangen zu unterstützen
- Euch mit Empathie und Engagement zur Seite zu stehen
- Euch zu informieren und Möglichkeiten zur Wahrnehmung Eurer Rechte und Mitbestimmung in den Schulen zu beraten

Dabei greifen wir auf das umfangreiche Netzwerk der GEW NRW zurück, das auf allen Ebenen der Städte, Kreise und des Landes, in den Schulämtern, der Bezirksregierung und beim MSB zu finden ist. Die GEW setzt sich seit über 75 Jahren für die Beschäftigten an Schulen und Hochschulen ein und kämpft um die Umsetzung und Erweiterung Eurer Rechte und Interessen.

Die Lage an den Schulen ist durch die kurzsichtige Handlungsweise der Politik brenzlich. Die Politik hat sich nicht um eine annähernd ausreichende Anzahl an Beschäftigten an unseren Schulen bemüht. Deshalb ist Euer Handeln notwendig, eine starke Interessensvertretung zu bilden.

# HAUPTSCHULE

## Darum GEW wählen!

# Realschule: Beraten, informiert und unterstützt durch deine GEW-Personalräte!

Du liebst deinen Job in der Schule, aber dein Akku ist leer? Damit bist du nicht allein: Die aktuelle Arbeitssituation von uns Beschäftigten an Realschulen ist geprägt durch große Klassen, eine hohe Unterrichtsbelastung, den damit einhergehenden Korrekturen, dem Umgang mit Heterogenität, Inklusion, Beschulung von Flüchtlingskindern, Ganztags, Digitalisierung und vielem mehr. Hinzu kommt eine zunehmende Gewalt gegen Lehrkräfte.

All diese Anforderungen treffen in unserer Schulform auf einen wachsenden Personal-mangel: An vielen Schulen fehlen Schulleitungen, Lehrkräfte, Sonderpädagog:innen und Mitarbeiter:innen in multiprofessionellen Teams.

Wenn man dann bedenkt, dass aufgrund des Personalmangels die voraussetzungslose Teilzeit oder die Teilzeit im Blockmodell nicht mehr generell durch den Dienstherrn genehmigt wird, ist es nicht verwunderlich, wenn der Akku irgendwann leer ist.

**Eine engagierte Interessensvertretung durch deine GEW-Personalräte ist daher heutzutage wichtiger denn je, um sich für dich und für die vielfältigen Verbesserungen am Arbeitsplatz einzusetzen, die dringend erforderlich sind!**

Als Personalräte achten wir darauf, dass der Dienstherr die geltenden Gesetze und Verordnungen einhält. Wir beraten dich zu allen Fragen, Problemen, Rechten und Pflichten in deiner täglichen Arbeit. Wir stehen in Kontakt mit der Dienststelle, um uns konstruktiv für dich einzusetzen und um deine berechtigten Interessen zu Gehör zu bringen. Wir beraten und unterstützen dich z.B. bei Versetzungswunsch, längeren Abordnungen, Besetzung von Funktionsstellen, Einstellungen, Eingruppierung von Tarifbeschäftigten, Ablehnungen von Teilzeit, Amtsarztladung, vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand, Teilzeit im Blockmodell, Mutterschutz, Elternzeit, Referendariat oder bei datenschutzrelevanten Fragestellungen. Wir begleiten dich gerne, wenn du eine BEM-Einladung bekommst oder zu Dienstgesprächen geladen wirst. Nimm Kontakt zu uns auf!

Zu politischen Themen, die uns in unserem Arbeitsumfeld bewegen, setzt sich die GEW NRW in den Ministerien für uns ein.

**Einige der aktuellen GEW-Erfolge sind:**

A13/EG13, Teilzeitreferendariat, Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, keine neuen Vorgriffstunden und mehr Unterstützung durch multiprofessionelle Teams.

**Daher treten wir als deine GEW-Personalräte nach vier Jahren erfolgreicher und engagierter Arbeit bei den Personalratswahlen 2024 an. Nimm dein Wahlrecht wahr und wähle deine GEW-Kandidat:innen auf Liste 1!**

**Deine Ansprechpartner:innen für die Realschulen in Köln sind:**

- Katrin Reininghaus, Listenführerin, Tel 0221 331647
- Karen Kiethe, Tel 0221 16919137
- Karin Vogelpohl, Tel 0157 33148796
- Ralf Gerhardi, Tel 0221 5509504



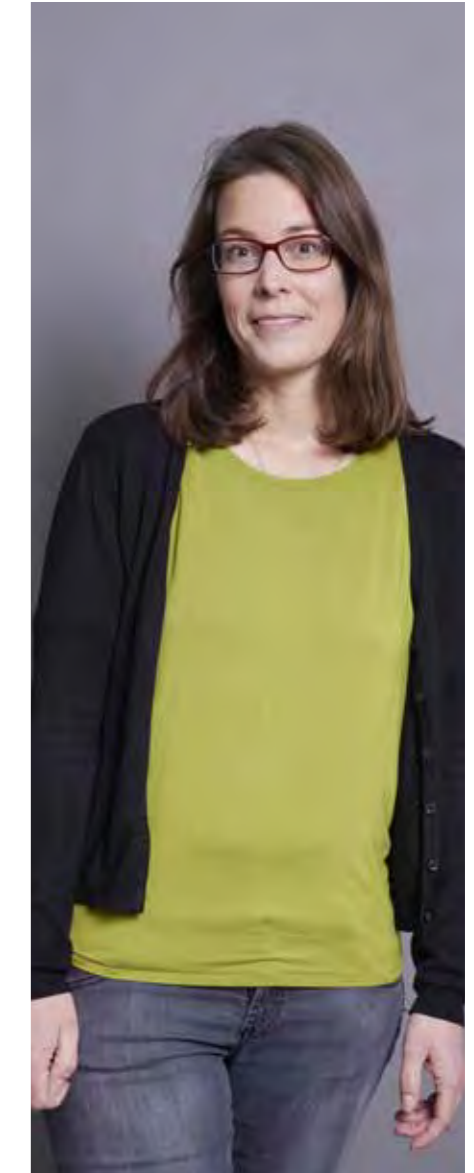
Katrin Reininghaus



Ralf Gerhardi



Karen Kiethe



Karin Vogelpohl

# REALSCHULE



## Kandidatenvorstellung PR-Wahl 2024 Vera Knopp (Listenführerin der GEW-Fraktion)



Ich bin seit zwölf Jahren Personalrätin, seit acht Jahren im Vorstand und seit fünf Jahren Vorsitzende des Personalrates Gesamtschule, Sekundarschule und PRIMUS-Schule im Bezirk Köln. In dieser Zeit habe ich viele Erfahrungen gesammelt und meine Kenntnisse in Dienst- und Schulrecht stetig weiter vertieft, um die Interessen der Kolleg:innen auf Bezirksebene zu vertreten.

Ich berate euch in allen Anliegen, die euch wichtig sind, sei es mit Informationen oder durch Begleitung zu Wiedereingliederungen oder Gesprächen in der Bezirksregierung.

Ich kann gut Position beziehen und klare Worte finden, aber auch diplomatisch und einfühlsam vorgehen, wenn es nötig ist.

Gerne würde ich das Gremium auch in der nächsten Amtszeit leiten und zusammen mit dem Vorstandsteam und der GEW-Fraktion im Personalrat auf Bezirksebene für eure Interessen kämpfen. Für die GEW führe ich Lehrerräte-Schulungen durch und bilde in Zusammenarbeit mit dem DGB-Bildungswerk Personalräte im LPVG fort.

Ich habe neun Jahre lang an der Käthe Kollwitz Schule in Leverkusen Rheindorf als Lehrerin für Mathematik und Technik gearbeitet und war dort Ansprechpartnerin für Gleichstellungsfragen und fühle mich immer noch mit der Schule verbunden. Die Gesamtschule Leverkusen Schlebusch betreue ich seit vielen Jahren als Personalrätin.

# GEW LISTE 1

## Gesamtschule/Sekundarschule/ PRIMUS-Schule: Aktiv für die Interessen der Kolleg:innen!

### Liebe Kolleg:innen,

die letzten Personalratswahlen, die wegen der Pandemie von Frühjahr auf Herbst 2020 verschoben wurden, hatte die GEW im Bereich unserer Schulform mit großer Mehrheit gewonnen.

Wir haben uns über diesen großen Vertrauensvorschuss für unsere Arbeit gefreut und uns auch in dieser Legislaturperiode vom ersten Tag an aktiv für die Interessen der von uns vertretenen Kolleg:innen eingesetzt.

Wir, die GEW-Fraktionen im Bezirkspersonalrat und im Hauptpersonalrat für Gesamtschulen, Sekundarschulen und PRIMUS-Schulen sind nicht nur in Zeiten des Personalratswahlkampfes aktiv und initiativ.

### Unsere Erfolge als GEW-PR im Regierungsbezirk Köln sind:

- Individuelle Beratungs- und Unterstützungsangebote für alle schulischen- und dienstrechtlichen Belange
- Beratung und Unterstützung bei bezirksinterner, bezirksübergreifender Versetzung und Ländertauschverfahren
- Beratung und Unterstützung von Lehrer:innenräten bei allen Fragen im Umgang mit Schulleitung und Dienststelle
- Es ist uns ein Anliegen, die Mitwirkungsrechte der Beschäftigten in der Lehrer:innenkonferenz zu stärken, u.a. unterstützen wir die Kollegien bei der Erstellung von Teilzeit- und Vertretungskonzepten
- Unterstützung von Tarifbeschäftigten aller Berufsgruppen beim Kampf um bessere Einstufungen und Eingruppierungen  
In diesem Bereich haben wir mit der Bezirksregierung viele Erörterungen und in allen Einzelfällen um die Auslegung des TV-L gerungen und dabei gehaltliche Verbesserungen für Einzelne erzielt
- Individuelle Beratung und Unterstützung von MPT-Kräften in allen Fragen ihrer Profession

### Unsere Erfolge als GEW-PR in der letzten Legislaturperiode:

- Da es uns auch während der Pandemie sehr wichtig war, zu allen Beschäftigten und Lehrer:innenräten intensiven Kontakt zu halten, haben wir dafür datenschutzsichere digitale Formen der Beratung etabliert.
- Auch wurde unsere langjährige Forderung nach der Einführung von Dienststrechnern – „unterstützt“ durch die Pandemie – durch Land und Kommunen umgesetzt
- Wir haben Kolleg:innen und Schulen bei allen Fragen rund um Digitalisierung und Datenschutz beraten und unterstützt, so z.B. bei der Entwicklung von schulinternen Dienstvereinbarungen zur Nutzung von Lernplattformen
- Wir sind mit den leitenden Personen der Abteilung Schule und dem dazugehörigen Dez. 47 (Personalangelegenheiten) im regelmäßigen Austausch über die Situation und Probleme unserer Schulform.

Insbesondere im letzten Jahr haben wir immer wieder unsere großen Bedenken hinsichtlich des Handlungskonzeptes Unterrichtsvorsorgung und seiner Umsetzung zum Ausdruck gebracht. Gerade da sind wir zurzeit eng an der Seite der Mitarbeitenden, um deren Wunsch nach Entlastung und einem gesunden Arbeitsplatz zu unterstützen.

- Wir erörtern alle Fälle von abgelehnter voraussetzungsloser Teilzeit.

Unsere Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten im Rahmen von Beteiligungsverfahren sind durch das LPVG (Landespersonalvertretungsgesetz) und die vom MSB verfassten Erlasse geregelt.

Wir sind mit den Personalräten der anderen Bezirke und dem HPR in regelmäßigem Austausch und bringen uns immer wieder mit konstruktiven Vorschlägen auf Ebene des MSBs ein.

### Unsere Hauptforderungen:

- Mehr Geld für Bildung! Die GEW kritisiert massiv die Unterfinanzierung der Bildung, die in vielerlei Hinsicht für die unsäglichen Bedingungen an den Schulen verantwortlich ist.
- Nach JA13-A13Z für Alle fordern wir jetzt die gleiche Laufbahn für Alle (Einstiegsamt 2.2, ehemals höherer Dienst) und wir sind für eine Besoldungsanpassung für Beförderungämter unter Berücksichtigung des Abstandsgebots.
- Die ungleiche Bezahlung von tarifbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräften muss endlich beendet werden.
- Bessere Bezahlung für Schulsozialarbeiter\*innen
- Anreize, Entlastung und bessere Arbeitsbedingungen insbesondere an schwierigen Schulstandorten schaffen!
- Zusätzliche Ressourcen für Kollegien an Schulen mit Teilstandorten!
- Attraktivere berufliche Perspektiven für Seiteneinsteiger:innen! – Zulassung zur OBAS mit einem Fach
- Seit Mai 2022 sind die Leitlinien zum Gemeinsamen Lernen veröffentlicht. Diese gaben endlich eine erste Arbeitsplatzbeschreibung in der Inklusion. Jedoch bleiben darin noch viele Fragen offen. Wir fordern Entlastung der Lehrkräfte durch die Anrechnung von Beratungs- und Kooperationszeiten!
- Inklusion muss Aufgabe aller Schulformen sein!
- Ausbildung von mehr Sonderpädagog:innen!
- bessere Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte, um sonderpädagogische Expertisen weiter auszubauen, aber auch, um Teamstrukturen zu entwickeln!
- Jobticket und Jobfahrräder für alle Landesbediensteten!
- Bezahlung für das Praxissemester!
- Dienstliche Endgeräte für alle Lehrkräfte müssen auch für die Zukunft gesichert sein!



Nick Bauermeister



Ulla Hippe



Gwendolin Kreutz



Eva Caspers



Alexandra Kasnatschewa



Heike Matschke



Joachim Hofmann



Guido Schönian



Johannes Henk



Merete Kloss



Janette Muenzer



Vera Knopp



Salima Horn



Almut Liers

## Hauptpersonalrat Gesamtschule

...unsere Erfolge als GEW-Fraktion in der Personalvertretung auf Landesebene im Hauptpersonalrat (HPR) beim Ministerium für Schule und Bildung (MSB):

In der Corona-Pandemie vertraten wir den Schutz und die Rechte der Beschäftigten vehement gegen Regelungen des MSB, die diese in völlig unzureichender Weise im Blick hatten. Wir befinden uns nun in der Nach-Corona-Phase mit all den Herausforderungen, die sie nach sich zog.

Das „Ankommen und Aufholen nach Corona“ war zunächst als Aktionsprogramm durch das MSB aufgelegt worden. Als allerdings das Ausmaß der psychischen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Schülerinnen und Schüler immer deutlicher wurde, verlegte das MSB die Verantwortung für die weitere Aufarbeitung der psychischen Folgen und Lerndefizite bei den Schülerinnen und Schülern in die „Eigenverantwortlichkeit der Schulen“. Das sorgte für weiter steigende Belastungen der Kolleginnen und Kollegen. Wir setzten die Weiterführung des Aktionsprogramms durch.

Das Aktionsprogramm zur Integration geflüchteter Schülerinnen und Schülern wollte das MSB zum Ende des Jahres 2023 auslaufen lassen. Nach unseren vehementen Protesten wird es weitergeführt. Lehrkräfte, die im Zuge dieses Aktionsprogramms gute Arbeit für die Integration an den Schulen leisten, können so weiterbeschäftigt werden. Damit unterstützen sie ihre Kolleginnen und Kollegen in dieser wichtigen Arbeit an unseren Schulen weiterhin. Diese Unterstützung benötigen wir fortlaufend. Es zeichnet sich ab, dass sich die Fluchtgründe nicht zeitnah auflösen, wie es beispielsweise für den Krieg in der Ukraine zunächst angenommen wurde.

Das Handlungskonzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung schrieb sich die neue Landesregierung in Person von Frau Ministerin Feller als nächstes auf die Fahne. Trotz des Etiketts „Wertschätzung der Beschäftigten“ als ein Baustein ist es überwiegend auf Maßnahmen in Form von Zusatz-Belastungen der Lehrkräfte zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung ausgerichtet, obwohl diese ohnehin schon überbelastet sind. Wir traten diesem Vorgehen des MSB mit heftiger Gegenwehr entgegen und greifen nun zu juristischen Mitteln, um weitere Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen abzuwenden. Insbesondere der Erhöhung der Kilometergrenze des wohnortnahen Einsatzes bei Abordnungen oder Versetzungen von 35 km auf 50 km widersprachen wir massiv. Wir veranlassten eine juristische Prüfung und führen einen Rechtsstreit im Interesse der Beschäftigten.

Besorgniserregende Ergebnisse zu Kompetenzen der nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schülern – wie IQB- und PISA-Studie 2023 – schreckten das MSB gegen Ende des letzten Jahres auf. Leitlinie des MSB ist es nun, Problemen und Mängeln im Schulbereich mit digitalen Projekten zu begegnen. Medienwirksam werden sie als große Erfolge des MSB verkauft. Allerdings wurden die Personalvertretungen nicht wie rechtlich vorgesehen beteiligt. Ihre rechtlich vorgeschriebene Aufgabe zur Prüfung der digitalen Instrumente wie „LeOn“ und „divomath“ auf Einhaltung der Persönlichkeitsrechte und den Schutz der Beschäftigten vor Leistungs- und Verhaltenskontrolle erfolgte im Vorfeld damit nicht. Wir GEW-Vertreterinnen und Vertreter im HPR wirkten durch massive Interventionen darauf hin, dass diese Rechte der Beschäftigten Berücksichtigung finden.

Bei allen Angelegenheiten war und ist Leitlinie unseres Handelns, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten. Dass bei allen Maßnahmen, die das MSB plant und umsetzen will, gute Arbeitsbedingungen und die Entlastung der Beschäftigten im Fokus stehen, wollen wir weiter sicherstellen. Dieser Leitlinie haben wir in zahllosen Gesprächen und Sitzungen im MSB entsprochen. Unsere regelmäßigen Infos informieren euch darüber fortlaufend.

**Wir bleiben stark an euer Seite! Wir machen uns STARK FÜR DICH!**

Eure GEW Fraktion in der Personalvertretung im Ministerium für Schule und Bildung

# GESAMTSCHULE



Myriam Welter



Michael Odinius



Heribert Schmitt



Heike Wichmann



Gudrun Skeide-Panek



Andreas Haenlein



Andrea Belke



Alexander Fladerer

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Kandidat\*innen für die Wahlen des Bezirks- und Hauptpersonalrats Gymnasium/WBK für Köln und den Rheinisch-Bergischen Kreis ist es uns ein Anliegen, die Arbeitsbedingungen unserer Lehrkräfte zu verbessern. Die kürzlich veröffentlichte Studie der GEW „Was ist dir zu viel?“ bestätigt, was viele von uns bereits erleben: Überlastung, Zeitdruck und mangelnde Entlastung prägen unseren Arbeitsalltag. Die aktuellen Herausforderungen, die sich auch aus der digitalen Transformation ergeben, erfordern eine kluge und vorausschauende Gestaltung unserer Arbeitsumgebung.

### Deshalb fordern wir u.a.:

- die Einhaltung der regelmäßigen Arbeitszeit des öffentlichen Dienstes auch für Lehrkräfte
- die sofortige Einführung der rechtlich gebotenen Arbeitszeiterfassung bei Lehrkräften
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Lehrkräfte
- eine Flexibilisierung des Gymnasiums durch mehr Zeit in der Sekundarstufe I und eine offenere Gestaltung der Oberstufe
- externe Fachkräfte/Unterstützung im Digitalisierungsprozess
- eine Verdoppelung der Anrechnungsstunden
- die Einstellung von Verwaltungs- und Assistenzpersonal zur Unterstützung der Lehrkräfte

Die Einbeziehung der Mitarbeiter\*innen in Entscheidungsprozesse durch eine starke Mitbestimmung im Personalrat ist hierbei entscheidend. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Stimmen gehört werden und dass unsere Bedürfnisse bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen berücksichtigt werden.

Es ist an der Zeit, dass wir uns gemeinsam für eine gerechte und angemessene Arbeitszeit einsetzen. Wir brauchen jetzt Maßnahmen zur Entlastung, um unsere Gesundheit zu schützen. Durch eine konstruktive Mitbestimmung im Personalrat können wir aktiv an Lösungen arbeiten, die unsere Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern.

Wählt uns in den Personalrat, um die Interessen aller Lehrkräfte zu vertreten und eine positive Veränderung herbeizuführen, damit wir zusammen für eine faire und unterstützende Arbeitsumgebung eintreten können. Gemeinsam können wir etwas bewegen und dafür sorgen, dass die Gymnasien in Köln und im Umland Orte sind, an denen Lehrkräfte gerne arbeiten und sich wertgeschätzt fühlen.

Vielen Dank für eure Unterstützung und euer Vertrauen!

# GYMNASIUM/ WBK



**Dieter Schultheis,**  
Bergisches Berufskolleg  
Wipperfürth,  
Tarifbeschäftigter

Kurz nachdem ich als Seiteneinsteiger in den Schuldienst eingetreten bin und aufgrund meines Alters nicht verbeamtet wurde, war für mich klar: Wir benötigen eine starke Interessenvertretung der Tarifbeschäftigten. In der GEW habe ich diese gefunden und seitdem engagierte ich mich u. a. im Fachgruppenausschuss Berufskolleg und meiner Gliederung im Oberbergischen Kreis.

An meiner Schule bin ich seit 16 Jahren Mitglied im Lehrkräfterrat. Mit meinen Kolleg\*innen aus dem Lehrkräfterrat haben wir dort unsere Aufgaben grundsätzlich neu definiert: weg von einem Feierngremium, hin zu einem aktiven, sich konstruktiv einmischenden Lehrkräfterrat. Mitglied im Personalrat bin ich seit 9 Jahren. Hier sehe ich meine wichtigste Aufgabe darin, vor Ort Kolleg\*innen individuell zu beraten und mich für Ihre Belange einzusetzen. Ansonsten engagiere ich mich dort im Ausschuss für Tarifbeschäftigte.



**Christiane Hahn,**  
Bergisches Berufskolleg  
Wermelskirchen,  
Tarifbeschäftigte

Mit meinen Kolleg\*innen der GEW kämpfe ich in gewerkschaftlichen Gremien, an der Schule oder auf der Straße für mehr Lohngerechtigkeit und die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen als Lehrkräfte!

Seitdem ich 2004 als Lehrerin arbeite, war für mich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine zentrale Herausforderung.

Meine langjährigen Erfahrungen als Lehrerrätin am BK und Personalrätin (BPR Köln) setze ich gerne für eure konstruktive Beratung in Konfliktlagen ein. Auch liegt mir die Aufrechterhaltung eurer Gesundheit bei den wachsenden Herausforderungen in unserem Beruf am Herzen!

Als Lehrerin für die Ausbildung von Erzieher\*innen ist für mich die Zusammenarbeit im multiprofessionellen Team, mit verschiedenen kulturellen Hintergründen, Altersgruppen und Lebensgeschichten von zentraler Bedeutung. Mit der GEW haben wir eine starke Gewerkschaft im Rücken, um füreinander einzutreten.



**Thomas Wesseler**  
Mies van der Rohe Schule  
Aachen  
Beamter

Der Lehrermangel in allen Schulformen wächst und das Berufskolleg ist oftmals die letzte Chance für junge Menschen die notwendigen Voraussetzungen für einen guten Start ins Berufsleben zu erreichen. Dabei helfe ich gern und das ist einer der Gründe, warum ich gerade am Berufskolleg Lehrer geworden bin.

Ohne motivierte Lehrer\*innen geht dabei aber gar nichts. Zwangsabordnungen, verweigerte Teilzeitanträge helfen ebenso wenig die Arbeitsbedingungen der Kollegen zu verbessern, wie der vom Schulministerium geförderte Hype auf digitale Medien und Distanzunterricht. Als Mitglied einer starken Gewerkschaft stehe ich für eine Bildungsgerechtigkeit, die die Interessen der Schüler\*innen im Blick hat. Als Personalrat für das Berufskolleg werde ich dafür kämpfen, dass die dafür notwendigen Arbeitsbedingungen für die Kollegen\*innen geschaffen werden.



**Manuel Klüser,**  
Adolf-Kolping-Berufskolleg  
Kerpen,  
Beamter

Seit meiner Lehre zum Zimmerer bin ich Mitglied in der Gewerkschaft (damals noch in der IG BAU). Die Ungerechtigkeiten in der Arbeitswelt haben mich stets zum Engagement in der Gewerkschaft motiviert. Daher bin ich seit mehreren Jahren Mitglied im Lehrerrat an meiner Schule sowie im Leitungsteam der GEW im Rhein-Erft-Kreis. Aktuell befasse ich mich insbesondere mit den arbeits- und datenschutzrechtlichen Fragestellungen, die sich aus der Digitalisierung des Schulbetriebes ergeben und bin im Referat für Digitalisierung aktiv. Diese Problemlagen gewinnen durch die vorgesehene Änderung der APO-BK mit planmäßigen Anteilen an Distanzunterricht weiter an Bedeutung. Hier gilt es, die individuellen Rechte der Kolleg\*innen zu schützen und für Personal- und Lehrerräte die Mitbestimmung bei der Einführung digitaler Plattformen einzufordern.

Seit einigen Jahren bin ich stellvertretender Personalrat und würde mich freuen, wenn ich durch Stimmenzuwachs für die GEW-Fraktion künftig die Interessen der Kolleg\*innen als reguläres Personalratsmitglied vertreten dürfte.



**Conny Nieswandt,**  
Berufskolleg Ehrenfeld,  
Köln,  
Tarifbeschäftigte

Ich bin seit Studienzeiten GEWerschafterin, weil ich im SoWi- und Kunststudium und in studentischen Gremien gelernt habe, dass du dich auf der Arbeitnehmer\*innenseite organisieren musst, um gute Arbeits- und Lebensbedingungen zu erreichen.

Seit 2016 arbeite ich im Bezirkspersonalrat mit. Dort beteilige ich mich auch im Ausschuss Tarifbeschäftigte. In vielen Jahren als Lehrerrätin habe ich erfahren, dass es einen langen Atem und Geduld braucht, um die Dinge voranzubringen.

Ich engagiere mich im Leitungsteam des Fachgruppenausschuss Berufskolleg für die Interessen der Berufskollegs, außerdem für den Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Gremien der GEW.



**Jörg Buschmann,**  
Georg-Simon-Ohm-Berufskolleg  
Köln,  
Beamter

Eine Arbeitswelt ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung führt immer zu schlechteren Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer\*innen. Aus dieser Überzeugung heraus bin ich schon als Student der BWL Mitglied unserer GEW geworden.

In meinen ersten Berufsjahren bin ich als Controller für die Postgewerkschaft in den Betriebsrat der Deutschen Telekom gewählt worden. Diese ersten gewerkschaftlichen Lehrjahre in der Privatwirtschaft waren für mich eine enorm wertvolle Erfahrung, die ich anschließend in meiner Tätigkeit als Lehrerrat an meiner Schule sehr gut nutzen konnte.

Seit dem Jahr 2014 bin ich Mitglied des Personalrats Berufskolleg. Mich motiviert die kollegiale Zusammenarbeit in unserer Fraktion, immer wieder für unsere Kolleg\*innen einzutreten und unserer GEWerschaft im Personalrat eine starke Stimme zu geben.

# BERUFSKOLLEG

## „Geht arbeiten!“

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat geurteilt: Dass Deutschland seinen Beamt:innen das Streikrecht verwehrt, sei rechtens. Was bedeutet das für die künftige Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen, die Bezahlung und ... die Gruppe der Angestellten? Dazu ein Interview mit Prof. Dr. Wolfgang Däubler. Die Fragen stellte // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

**„forum“:** Sehr geehrter Herr Professor Däubler, das moderne Berufsbeamtentum – wie wir es heute kennen – lässt sich bis auf den „Soldatenkönig“ und seinen Sohn, Friedrich d. Großen, in Preußen, d. h. bis auf das Jahr 1722 zurückverfolgen. Wie bewerten Sie diesen Beschäftigtenstatus vor dem historischen Hintergrund?

**PROF. DÄUBLER:** Ende der 1960-er Jahre haben die deutschen Gewerkschaften das Streikverbot für Beamte erstmals ernsthaft in Frage gestellt. Einer der Gründe war die historische Herkunft aus dem Absolutismus, die strikte Unterordnung unter Weisungen, die „von oben“ kommen. Die noch nicht so lange zurückliegende NS-Zeit hatte gezeigt, wohin eine solche autoritäre Struktur führen konnte. Um 1968 begann man auch außerhalb der Gewerkschaften, über eine bessere Gesellschaft mit mehr Freiheit, mehr Gleichheit und mehr Solidarität nachzudenken, was sich auf die Diskussion um den Beamtenstreik übertrug. Die alten Zöpfe hatten insbesondere in der jüngeren Generation ihr Ansehen verloren.

In dieser Zeit erschienen zwei Bücher, die den Beamtenstreik befürworteten, denn die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“ waren auf Weimar beschränkt, wo es auch Streiks gegeben hatte, sie waren nach Art. 33 Abs. 5 des Grundge-

**Auch die Ungleichheit von Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes war ein Gesichtspunkt, der eine wichtige Rolle spielte. Gleiche Arbeit – ungleiche Rechte, das leuchtete niemandem ein.**

setzes nur „zu berücksichtigen“ und sie standen im Widerspruch zur Koalitionsfreiheit des Art. 9 Abs. 3 GG. Dazu kamen zahlreiche Aussagen der Internationalen Arbeitsorganisation zugunsten eines Streiks von Beamten, die keine hoheitliche Tätigkeit ausübten, und es gab das Vorbild in Frankreich und Italien, wo Streiks der dortigen Beamten auf der Tagesordnung standen.

**„forum“:** Was ist zu dem Umstand zu sagen, dass die Beschäftigtengruppe der Lehrkräfte an Schulen dadurch gespalten ist in (auf NRW bezogen) rd. 40.000 Angestellte und gut 160.000 Beamt\*innen?

**PROF. DÄUBLER:** Auch die Ungleichheit von Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes war ein Gesichtspunkt, der eine wichtige Rolle spielte. Gleiche Arbeit – ungleiche Rechte, das leuchtete niemandem ein. Die GEW stand gerade deshalb immer an der Spitze der Bewegung, während etwa die Eisenbahner der damaligen GdED den Weg nur sehr zögerlich mitgingen.

**„forum“:** Jetzt hat die GEW nicht nur alle bundesdeutschen Instanzen durchlaufen, um das Streikrecht für Beamt:innen durchzusetzen, sondern sogar den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) angerufen. Dieser hat am 14. Dezember letzten Jahres gegen uns entschieden und geurteilt, dass die herrschende deutsche Rechtsauffassung legitim sei. Müssen wir uns nun auf ewig damit abfinden, nach Gesetz besodet zu werden und ebenso unsere Arbeitsbedingungen definiert zu bekommen?

**PROF. DÄUBLER:** Wenn man nur in rechtlichen Strukturen denkt und handelt, trifft dies sicher zu. Mit dem Urteil aus Straßburg ist die endgültige Entscheidung gefallen; zuvor hatte ja schon das Bundesverfassungsge-

richt im selben Sinne entschieden. Dass sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte effektiv mit dem Bundesverfassungsgericht „anlegt“, war eher unwahrscheinlich; wäre es um eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Malta oder Litauen gegangen, wäre die Situation eine andere gewesen. Doch die Bundesrepublik ist innerhalb des Europarats ein mächtiger Staat, und das Verfassungsgericht als seine oberste Instanz hatte sich endgültig festgelegt. Außerhalb der Gewerkschaften – etwa in den politischen Parteien – gab es auch kaum Stimmen, die das Streikrecht der Beamten als wichtige Forderung angesehen hätten. Hätte es bei jeder Tarifrunde auch kurze Streiks von Beamten und eine öffentliche Kampagne, unterstützt durch einzelne Parteien und NGOs, zugunsten ihres Streikrechts gegeben, wäre mehr Optimismus angebracht gewesen.

Auf der anderen Seite stand im Grunde nur die bisherige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die den türkischen Beamten das Streikrecht eingeräumt hatte. Könnte man sich darauf verlassen, dass der Gerichtshof trotz

**Nicht mal mit einem Satz wird erwähnt, dass in Deutschland unendlich mehr Unterrichtsstunden wegen Lehrermangels als wegen Streiks ausfallen.**



Wir und unsere 19 Vorbilder empfehlen uns zur gefälligen Verbreitung mit vorzüglicher Hochachtung; Fr. Schmidt (um 1860); gemeinfrei

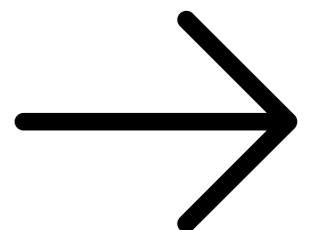
des anderen politischen Kontextes seine Position beibehalten würde? Wer das Recht als eine feste Größe ansieht, die Stürme aller Art überdauert, als einen objektiven Ausdruck von zeitloser Gerechtigkeit, der wird die Frage bejahen. Aber so ist sie nicht, die „schöne“ Wirklichkeit, das Recht ist nicht immun gegenüber der Macht. Dies gilt erst recht für eine internationale Instanz, die angesichts der Fliehkräfte in Europa um ihre eigene Autorität und Effizienz fürchtet: Die Russen sind nicht mehr dabei, die Engländer zögern, die Entscheidungen des Gerichtshofs weiter anzuerkennen und umzusetzen, die Türken orientieren sich immer weniger nach Europa, die Ungarn gehen ebenfalls eigene Wege – soll man da auch noch die Bundesrepublik vor den Kopf stoßen? Da liegt es nahe, Unterschiede zwischen den deutschen und den türkischen Beamten zu entdecken, die bisher keine große Rolle spielten. Und das „Recht auf Bildung“ wird plötz-

lich mit einem Heiligenschein versehen, der jede „Störung“ ausschließt. Nicht mal mit einem Satz wird erwähnt, dass in Deutschland unendlich mehr Unterrichtsstunden wegen Lehrermangels als wegen Streiks ausfallen.

Diese und andere Argumente des Gerichtshofs sollte man aber nicht übermäßig ernst nehmen – es gehört sich, dass ein Gericht so tut, als gehe es nur um die Anwendung des geltenden Rechts. Nach einem alten Spruch gibt es drei Arten von Urteilsgründen: Die mündlichen, die schriftlichen und die wahren. Daran ist mehr als ein Körnchen Wahrheit. Und die wahren liegen in den Machtverhältnissen.

**„forum“:** Worauf basiert das Streikverbot für Beamt:innen überhaupt?

**PROF. DÄUBLER:** Nach deutschem Verfassungsrecht geht es in erster Linie um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeam-



tentums und um die Treuepflicht des Beamten, die man im Sinne eines Streikverbots interpretiert. Nach der Europäischen Menschenrechtskonvention ist das Streikrecht nicht das einzige Mittel, um die Interessen der Beschäftigten zu wahren. Große Bedeutung wird (zu Unrecht) der Tatsache beigemessen, dass die Spitzenverbände der Beamten konsultiert werden müssen, bevor eine neue beamtenrechtliche Regelung erlassen wird. Dazu komme insbesondere das Alimentationsprinzip, das eine amtsangemessene Besoldung sicherstellt, das Lebenszeitprinzip sowie die an die Stelle der Sozialversicherung tretende Versorgung, was dazu führe, dass manche Beamte bei den Nettobezügen besser als Arbeitnehmer stehen würden, die eine vergleichbare Arbeit verrich-

ten. Es gebe deshalb keinen Grund, die Stabilität der Verwaltung durch Streiks in Gefahr zu bringen; das deutsche Recht bewege sich innerhalb des Rahmens, den die Menschenrechtskonvention den Mitgliedstaaten eröffnet habe.

**„forum“: Ist dieser Zustand vergleichbar mit Staatsbediensteten in anderen Ländern?**

**PROF. DÄUBLER:** Über die genaue Rechtsstellung der Beamten in anderen Ländern müssten Sie einen Spezialisten für vergleichendes Beamtenrecht fragen. Ich weiß nur, dass Beamte in Frankreich, Italien und Spanien ein Streikrecht haben und dass sie den noch über eine Reihe gesetzlicher Rechte

**Große Bedeutung wird (zu Unrecht) der Tatsache beigemessen, dass die Spitzenverbände der Beamten konsultiert werden müssen, bevor eine neue beamtenrechtliche Regelung erlassen wird.**

verfügen, die Arbeitnehmern nicht in derselben Weise zustehen. Bemerkenswert ist, dass auch die Schweiz vor einer Reihe von Jahren das Beamtenstreikrecht durch Gesetz anerkannt hat, obwohl die dortigen Beamten eine vergleichbare Absicherung wie ihre deutschen Kollegen besitzen.

**„forum“: Was müssen beamtete Kolleg\*innen erwarten, wenn sie trotz des EGMR-Urteils die Arbeit niederlegen? Gerade erst wurde uns in NRW per Erlass die sogenannte voraussetzungslose Teilzeit genommen. Für viele bedeutet das einen schwerwiegenden Einschnitt in die Lebensplanung und kann Grund genug sein, um auch mit kollektiven Aktionen Unmut zu äußern.**

**PROF. DÄUBLER:** Die Sanktionen werden im Normalfall dieselben sein wie bisher. Kurzfristige Arbeitsniederlegungen können mit Disziplinarmaßnahmen belegt werden, doch riskiert man selbstredend keine Entfernung aus dem Dienst, wenn man einen halben Tag oder einen Tag gestreikt hat. Wie hoch die Sanktionen im Einzelfall ausfallen, hängt von den Umständen ab.

Doch daneben kann es auch Fälle geben, in denen man die Frage der Rechtmäßigkeit gar nicht stellt. Ein Anliegen wird beispielsweise allgemein geteilt, 90 Prozent der Bevölkerung finden es gut, dass Beamte eine bestimmte Sache unterstützen, sich z. B. an einem Demonstrationstreik für mehr Kli-

**Kurzfristige Arbeitsniederlegungen können mit Disziplinarmaßnahmen belegt werden, doch riskiert man selbstredend keine Entfernung aus dem Dienst, wenn man einen halben Tag oder einen Tag gestreikt hat. Wie hoch die Sanktionen im Einzelfall ausfallen, hängt von den Umständen ab.**

maschutz beteiligen. Dann stellt sich kein Rechtsproblem. Ich habe mal kurze Zeit vor einem Generalstreik in Spanien einen dortigen Kollegen gefragt, ob denn der Generalstreik nach spanischem Arbeitskampfrecht zulässig sei. Er lachte und meinte, das sei eine typisch deutsche Frage. Der Generalstreik sei ein soziales Ereignis; würde jemand auf die Idee kommen, Streikführer gerichtlich zu verfolgen, wäre dies ein Grund für die Vorbereitung des nächsten Generalstreiks.

**„forum“: Was raten Sie uns und unserer GEWerschaft? Der rechtliche Rahmen ist seit Dezember 2023 doch wohl ausgeschöpft ...**

**PROF. DÄUBLER:** Ja, der rechtliche Rahmen ist ausgeschöpft. In absehbarer Zeit kann man nicht mehr mit einer Anerkennung des Beamtenstreikrechts rechnen. Aber man sollte nicht nur an das Recht denken. In der Realität ist man keineswegs auf die Rolle als Bittsteller festgelegt.

Wenn die Vergütung oder die Arbeitsbedingungen wirklich so sind, dass sich nicht nur die Betroffenen empören, gibt es Möglichkeiten der Veränderung. Eine Personalversammlung dauert dann plötzlich einen Tag, viele gehen während der Arbeitszeit zum Personalrat oder lassen sich krankschreiben. Wenn man wirklich mies behandelt wird, kann man sich auf die unterschiedlichsten Arten bis hin zum Dienst nach Vorschrift wehren.

Es lohnt sich auch ein Blick auf die Entwicklung der Pflege in den letzten Jahren: Wegen der geringen Bezahlung und der schlechten Arbeitsbedingungen standen immer weniger Pflegekräfte zur Verfügung, so dass die Krankenhäuser und Altenheime Leiharbeiter anheuern mussten, für die sie viel mehr als für eigene Beschäftigte bezahlen mussten. Im Beamtenrecht geht

dies weniger leicht, da man den Arbeitgeber nicht wechseln kann, aber auch da gibt es Möglichkeiten. Was geschieht, wenn sich alle Älteren mit gesundheitlichen Problemen krankmelden oder eine vorläufige Versetzung in den Ruhestand betreiben? Der Lehrermangel wird noch schlimmer werden; irgendwann ist der Punkt erreicht, wo auch wenig sensible Entscheidungsträger reagieren müssen. Der Öffentlichkeit ist es auch nicht gleichgültig, wenn wir bei Pisa so schlecht wie noch nie abschneiden: Wir sind nun mal nicht mit Öl, Gas oder mit viel Sonne gesegnet, sondern hängen von der Qualifikation der hier tätigen Arbeitskräfte ab. Da zu sparen ist das Dümme, was man machen kann.

**„forum“: Der Arbeitsrechtler Rolf Geffken (†) prägte im Rahmen der Konferenz „Erneuerung durch Streik“ vor einigen Jahren den Sinnspruch: „Rechtsfortschritt gibt es nur durch Rechtsbruch“. Inwieweit ist diese Prämisse auch auf das Thema Beamtenstreikrecht anwendbar?**

**PROF. DÄUBLER:** Rechtsfortschritt kommt in der Tat manchmal durch Rechtsbruch zustande. Nur braucht man auch die Leute, die bereit sind, das mit dem Rechtsbruch verbundene Risiko einzugehen. In Deutschland ist man besonders risikooavers, was sich darin zeigt, dass nirgends so viele Versicherungen abgeschlossen werden wie bei uns. Der Individualismus der letzten dreißig Jahre hat das

**Es gibt auch ein Leben außerhalb des Arbeitskampfrechts.**

**Der Lehrermangel wird noch schlimmer werden; irgendwann ist der Punkt erreicht, wo auch wenig sensible Entscheidungsträger reagieren müssen.**

noch verstärkt; man vertraut viel weniger als zuvor auf kollektive Gegenmacht. Was jedoch ein wenig Hoffnung gibt, sind Aktionen, wie sie Fridays for Future praktiziert haben und praktizieren: Nicht in die Schule zu gehen ist – pauschal gesprochen – irgendwie rechtswidrig, aber dennoch ist niemandem etwas passiert. Das hängt mit der breiten Unterstützung zusammen, die die Aktionen in der Öffentlichkeit und auch in den Schulen hatten. Warum sollte Entsprechendes nicht auch für die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer möglich sein? Es gibt auch ein Leben außerhalb des Arbeitskampfrechts.

**„forum“: Wir danken Ihnen sehr herzlich für diese Einblicke ins Juristische und Ihre Einschätzung zum weiteren Vorgehen.**

Prof. Dr. Wolfgang Däubler ist Rechtswissenschaftler und hatte an der Universität Bremen den Lehrstuhl für deutsches und europäisches Arbeitsrecht inne. Er berät Betriebsräte, Unternehmen und ausländische Regierungen in arbeitsrechtlichen Fragen.

### Philologenverband: Streikverbot für Lehrkräfte ist ein Glück!

„Der Deutsche Philologenverband (DPHV) sieht sich in seiner Einschätzung des Streikverbots für verbeamtete Lehrkräfte durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) bestätigt. DPhV-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing sagt in einer ersten Reaktion: „Das ist ein Glück für den Bildungsstandort Deutschland – und eine krachende Niederlage für die GEW! Der Beamtenstatus für Lehrkräfte schließt ein gleichzeitiges Streikrecht aus und ist die beste Voraussetzung für eine objektive und sachgerechte Amtsführung der hoheitlichen Aufgaben. Zudem hat der Staat dadurch die Möglichkeit, die Lehrkräfte in den Schulen verlässlich einzusetzen!“ Der DPhV begrüßt es außerordentlich, dass der EGMR mit seiner Auffassung dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2018 folgt.“ aus: <https://www.dphv.de/2023/12/14/dphv-begruesst-urteil-des-europaeischen-gerichts-hofs-fuer-menschenrechte-kein-streikrecht-fuer-verbeamtete-lehrkraefte/>

### Der „Deutsche Beamtenbund“ (dbb), dem auch der „Verband Bildung und Erziehung“ (VBE) angehört, schreibt:

„Die GEW hat sich aus rein dogmatischen Gründen gegen die eindeutige Bewertung des höchsten Gerichts in Deutschland gewandt und versucht, einen Konflikt auf europäischer Ebene über unsere Verfassung heraufzubeschwören. Dass dieses Vorgehen heute gescheitert ist, begrüßt der dbb ausdrücklich.“ aus: <https://www.pressportal.de/pm/7034/5672657>

# Was macht eigentlich das HIB?

Die Hochschulinformationsbüros der GEW (HIB) sind ein kostenloses Beratungsangebot speziell für Studierende. Ein Interview mit Chalid Ahyoud, vom Kölner HIB. Die Fragen stellte // **Eva Caspers, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

**„forum“:** Chalid, stell dich doch bitte kurz vor und berichte, wie du zur GEW und zum HIB gekommen bist.

**CHALID:** Vielen Dank für die Einladung. Mein Weg zur GEW begann im Grunde schon, als ich mich dafür entschied, den Lehrerberuf anzustreben und ins Lehramtstudium startete. Die Weichen dafür waren aber wesentlich früher gestellt. Vielleicht hole ich dazu mal ein bisschen aus.

Bereits als Schüler entdeckte ich, dass ich mein Herz am „linken Fleck“ trage; denn schon damals waren mir die sozialen Schattenseiten unserer Gesellschaft - wie beispielsweise soziale Ungleichheit, Diskriminierung oder prekäre Arbeitsverhältnisse - ein Dorn im Auge und ich entwickelte ein dementsprechendes Interesse für soziale und politische Fragestellungen.

Als ich dann mein Erststudium der Biologie begann, nutzte ich die neu gewonnene Autonomie, um mich, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Uni, sozial und politisch zu engagieren. Letzteres vor allem in verschiedensten Gremien der studentischen Selbstverwaltung, wie Fachschaft, AstA & StuPa - immer mit dem Anliegen, die Uni gerechter zu machen und Barrieren zu beseitigen.

Nach dem Biologiestudium entschied ich mich, Lehrer zu werden. Dabei war mir von Beginn an klar, dass ich mich in meinem zukünftigen Space, der Schule bzw. dem Lehrerberuf, ebenso für meine Ideale einsetzen werde und zwar nicht nur im Sinne der Schüler:innen, sondern auch in Solidarität mit den zukünftigen Kolleg:innen. Genauso klar war mir als großem Befürworter von Gewerkschaftsarbeit, dass die GEW als die Bildungsgewerkschaft, genau die richtige Adresse für ein solches Engagement sein würde.

Ich informierte mich schon zu Studienbeginn über die lokalen Strukturen der GEW, mit dem Ziel Mitglied zu werden und mich ehrenamtlich einzubringen.

Bei dieser Recherche stieß ich auf die Stellenanzeige der GEW NRW zur Leitung des Kölner HIBs.

„Genial“ dachte ich mir, „der perfekte Job!“ So konnte ich mein Engagement an der Uni mit der Gewerkschaftsarbeit verbinden. Und so kam ich zur GEW und zum HIB.

**„forum“:** Was sind typische Anliegen der (Kölner) Studierendenschaft?

**CHALID:** Bei solch einer großen Universität, wie der Universität zu Köln ist es schwierig, das herunterzubrechen. Die Anliegen sind so vielfältig wie die Studierenden selbst - was meinen Job besonders interessant und abwechslungsreich macht.

Während für die einen beispielsweise das Thema Studienfinanzierung keine Rolle spielt, weil sie finanziell über die Eltern abgesichert sind, ist es für andere das zentrale Thema, da ihr Studienerfolg damit steht und fällt. So sind für letztere Fragen zum BAföG, Nebenjob, Semesterbeitrag usw. sehr wichtige Anliegen, mit denen sie sich regelmäßig ans HIB wenden. Mit dieser monetären Frage oft verbunden, sind Fragen zur Versicherung im Studium, in den Praxisphasen an Schulen und im Referendariat.

Bei den tendenziell frühen Semestern herrscht oft eine Orientierungslosigkeit in strukturellen Fragen zu Uni und Studium. Hier erreichen uns oft Fragen zur Studienordnung und den damit einhergehenden Rechten und Pflichten der Studierenden, sowie Fragen nach Ansprechpartner:innen

**„Bei den tendenziell frühen Semestern herrscht oft eine Orientierungslosigkeit in strukturellen Fragen zu Uni und Studium.“**

- oft fühlt man sich an der Uni Köln nämlich wie Asterix und Obelix auf der Suche nach dem Passierschein A38. Hier können wir meist gut weiterhelfen und über die Frage hinaus den ein oder anderen wertvollen Tipp mitgeben.

Dann erreichen uns auch Fragen studentischer Beschäftigter, besonders seit Start der TV-Stud Kampagne, an der die junge GEW und das HIB im Besonderen unterstützend beteiligt sind. Dabei geht es dann um arbeitsrechtliche Fragen oder Probleme mit den Arbeitgebenden und Vorgesetzten.

Da wir als Bildungsgewerkschaft viele Veranstaltungen für Lehramtsstudierende rund um das Referendariat und das Praxissemester anbieten, sind das die beliebtesten Fragethemen. Konkret geht es dabei meistens um den Bewerbungsprozess, um die berühmten Sozialpunkte, zur Struktur und den Anforderungen, sowie auch hier wieder Fragen zur Finanzierung und Versicherung.

Besonders freue ich mich über Anfragen von Studierenden, die sich ihrerseits gewerkschaftlich oder allgemeiner sozial engagieren möchten und in der jungen GEW eine Struktur sehen, in der sie mitwirken möchten. Auf diesem Gebiet verzeichne ich in den letzten Monaten eine wesentliche höhere Zahl an Anfragen als in den letzten Jahren, was besonders toll ist. Das könnte mit dem Erfolg der besagten TV-Stud-Kampagne zusammenhängen, mit dem gerade erstrittenen Tarifvertrag oder auch generell damit, dass Gewerkschaft und die Wirksamkeit von gewerkschaftlichem Arbeitskampf durch die jüngeren medienwirksamen Streiks offensichtlich und in aller Munde ist.



**„forum“:** Welche Beratungsangebote machst du mit dem Kölner HIB?

**CHALID:** Zunächst einmal steht die HIB-Emailadresse und meine wöchentliche Sprechstunde allen Lehramt-Studierenden, Studierenden des relativ neuen Erzieher:innen-Studiengangs und studentischen Beschäftigten der Uni Köln (SHKs, WHBs und WHKs) - zu allen Themen rund um Studium Job, Ref und Praxisphasen u.Ä. offen. Zu den meisten Fragen kann ich mit

Die HIBs wurden in den letzten 15 Jahren sukzessive in NRW aufgebaut und werden in Essen von den hauptamtlichen Jugendbildungsreferent:innen und der Geschäftsleitung koordiniert. Inzwischen sind es insgesamt elf an den Hochschulstandorten Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Dortmund, Essen, Köln, Münster, Paderborn, Siegen und Wuppertal.

Als die HIBs gegründet wurden, geschah das vor dem Hintergrund, dass mit einer festen Hochschulstruktur sehr effizient Mitglieder gewonnen werden können. Im Studium beschäftigen sich Viele mit politischen Fragen, nehmen sich Zeit für ehrenamtliches Engagement und sind zugleich aufgrund ihrer häufig prekären Beschäftigungsbedingungen in besonderem Maße auf gewerkschaftliche Organisation angewiesen. Tatsächlich zeichnet sich der Landesausschuss für Studierende seit Gründung der HIBs als stetig wachsender Bereich aus und die HIBs haben sich als sehr gute Kommunikationsstruktur innerhalb der Gewerkschaft etabliert. Regelmäßig wechseln auch die HIB Mitarbeiter:innen nach ihrem Studium in die GEW Gremien und bleiben uns als besonders aktive Mitglieder treu.

So sind die HIBs inzwischen für den gewerkschaftlichen Nachwuchs nicht mehr wegzudenken und leisten an den Hochschulen als Anker wertvolle Arbeit.

**„Oft fühlt man sich an der Uni Köln nämlich wie Asterix und Obelix auf der Suche nach dem Passierschein A38.“**

**„Entwicklungsbedarf sehe ich vor allem im Ausbau des HIBs; denn aufgrund der schieren Anzahl an Studierenden in Köln, reichen die Möglichkeiten des hiesigen HIBs einfach nicht aus und der Beitrag, den wir leisten können, wirkt im Volumen manchmal wie der Tropfen auf den heißen Stein und ich würde gerne mehr tun.“**

meiner jahrelangen Erfahrung als HIB gut weiterhelfen und Auskunft geben. Und wenn ich selbst mal keinen Rat weiß, ist das HIB gut an der Uni vernetzt und ich kann dann die richtige Ansprechperson vermitteln; oder hole mir Rat bei GEW-Kolleg:innen.

Außerdem veranstalten wir regelmäßig Infoveranstaltungen und Workshops zu den verschiedensten Themen, die sich grob in zwei Kategorien einteilen lassen:

Einerseits Veranstaltungen, die einen direkten Nutzen für das studentische Leben und den bevorstehenden beruflichen Werdegang bringen, wie zum Beispiel das eingangs erwähnte Fit fürs Ref, oder auch die ebenfalls jedes Semester wiederkehrenden und äußerst beliebte Veranstaltung Steuertipps für Studis zu der ich einen Finanz- und Steuerexperten einlade, der den Teilnehmenden Tipps und Tricks für die studentische Steuererklärung an die Hand gibt. Dann lade ich, ebenfalls regelmäßig, Lehrer:innen und LAAs zu der Veranstaltung „Lehrer:in werden, oder doch nicht?“ ein, bei der sie den Studierenden ein reales Bild ihres potentiell zukünftigen Berufs vermitteln und ihre Fragen dazu beantworten und diskutieren - was die Uni leider kaum leistet. Weitere Veranstaltungen dieser Kategorie sind zum Beispiel: „Stress lass nach! Umgang mit Prüfungsangst und Leistungsdruck“ oder auch „Effektiv im Homeoffice – Strategien für den heimischen Schreibtisch“.

Andererseits veranstalten wir auch Workshops zu gewerkschaftlichen und politischen Themen für dahingehend interessierte und engagierte Studierende. Dabei informieren wir darüber, wofür wir als junge GEW stehen und kämpfen und kommen mit den Teilnehmer:innen in regen Austausch. Einige Beispiele für Veranstaltungen dieser Kategorie sind:

- Gewerkschaft! Aber wie? - Arbeitskampf an der Uni
- Empört euch! Engagiert euch! - Antisemitismus an der Uni erkennen und bekämpfen

- Gib Tarifvertrag! - TV-Stud und die junge GEW für einen Studentischen Tarifvertrag
- Und viele weitere mehr.

**„forum“: Welche Entwicklungsmöglichkeiten siehst du für das (Kölner) HIB, bzw. welche Themen können wir für die Studierenden noch mehr in den Blick nehmen?**

**CHALID:** Ich denke, dass sich das HIB, so wie es jetzt ausgerichtet ist, den richtigen Aufgaben annimmt und einen wertvollen und einzigartigen Service für Studierende darstellt. Außerdem ist das Hochschulinformationsbüro auch für uns als jungeGEW ein unersetzbares Instrument für den Kontakt zu Studierenden und die Gewinnung junger Mitglieder.

Entwicklungsbedarf sehe ich vor allem im Ausbau des HIBs; denn aufgrund der schieren Anzahl an Studierenden in Köln, reichen die Möglichkeiten des hiesigen HIBs einfach nicht aus und der Beitrag, den wir leisten können, wirkt im Volumen manchmal wie der Tropfen auf den heißen Stein und ich würde gerne mehr tun. Alle elf HIB-Standorte der GEW NRW verfügen über die gleichen Ressourcen. Betrachtet man aber,

dass die Universität zu Köln, mit ihren über 40.000 Studierenden, die mit Abstand größte Hochschule des Landes ist, das Kölner HIB aber über die gleichen Mittel verfügt wie alle anderen, dürfte klar werden, dass hier ein Missverhältnis besteht und wir hier relativ gesehen viel weniger pro Studi leisten können. Es wäre meines Erachtens wichtig und sogar eine Frage der Gerechtigkeit, hier anzupassen.

Hinzu kommen die anderen Kölner Hochschulen, für die wir aufgrund dieser Einschränkung im Grunde gar nicht da sein können. Gerade in Bezug auf die TH-Köln, an der sich der im Auf- und Ausbau befindliche und stetig wachsende Erzieher:innenstudiengang verortet, wäre es auch im Eigeninteresse der GEW überaus wichtig endlich präsenter zu sein, denn immerhin tragen wir das „E“ im Namen.

**„forum“: Vielen Dank für das Interview!**

Chalid ist per Mail unter [hib-koeln@gew-nrw.de](mailto:hib-koeln@gew-nrw.de) zu kontaktieren und die offene Sprechstunde des HIBs findet freitags von 10 bis 12 Uhr statt; außerdem kann per Mail jederzeit eine zusätzliche persönliche Sprechstunde vereinbart werden.



## // Arbeitskreis Schulentwicklung GEW Köln //

### Bürgerinitiative für eine Gesamtschule Neubrück gegründet

Die GEW begrüßt die Gründung der Bürgerinitiative für eine Gesamtschule Neubrück. Kinder aus diesem Stadtteil im Bezirk Kalk haben bisher kaum Chancen auf einen Gesamtschulplatz. Zu weit ist Neubrück von den Gesamtschulen Holweide und Katharina-Henoth in Vingst-Ostheim entfernt, gehört deshalb nicht zum Einzugsbereich. Bis zu 1000 Kinder bewerben sich jährlich umsonst auf einen Gesamtschulplatz.

In Neubrück gibt es eine Hauptschule, die immer weniger Anmeldungen hat, aber über ein großes Grundstück verfügt. Bereits 2022 hatte die Verwaltung nach einem Antrag von SPD und Linken eine Vorlage für eine Gesamtschule am Helene Weber Platz in den Rat eingebracht, war aber dort am Widerstand von CDU, Grünen und Volt gescheitert.

Das wollen die Bürger und Bürgerinnen von Neubrück nicht hinnehmen. Nach den geringen Anmeldezahlen zur Hauptschule von nur 25 Kindern in diesem Jahr wandte sich der Bürgerverein erneut an die Verwaltung. Dort will man die Auswirkung der erzbischöflichen Gesamtschule in Kalk auf die Anmeldezahlen 2024 abwarten.

Solange wollte der Bürgerverein Neubrück nicht warten. Mit einer gut besuchten Auftaktveranstaltung startete nun die Bürgerinitiative für eine Gesamtschule Neubrück am 2.11. ihre Arbeit. Dabei erhielt sie viel Unterstützung: Vom Arbeitskreis Schulentwicklung der GEW, von der Gesamtschulstiftung, von Ratsmitgliedern und Bezirksvertretern der SPD und Linken, von der Bezirksbürgermeisterin Claudia Greven-Thürmer, vom Ortsverein der SPD. Sylvia Schrage, Vorsitzende des Bürgervereins, gab einen Überblick über die bisherige Entwicklung und rief die anwesenden Eltern zur tatkräftigen Unterstützung der Initiative auf. Martin Süsterhenn, Schulleiter der Katharina-Henoth-Gesamtschule, zeigte in einem lebendigen Vortrag die vielfältigen Bildungsmöglichkeiten an seiner Gesamtschule. In der lebhaften Diskussion ging es auch um die Weiterführung der guten Arbeit der Hauptschule und die Übernahme der dortigen KollegInnen: bei bisherigen Gesamtschulgründungen wurden die KollegInnen der auslaufenden Schulen, die wollten, immer problemlos übernommen.

Als nächstes plant die Bürgerinitiative Gesamtschule Neubrück eine große Unterschriftenaktion, auch in den umliegenden Stadtteilen Brück, Merheim, Ostheim und Rath.

Ansprechpartnerin für Rückfragen: Anne Ratzki - [annrat@gmx.de](mailto:annrat@gmx.de)



# Oben bleiben! Tunnel-Pläne sofort stoppen! Verkehrswende einleiten!

In Köln steht die für Jahrzehnte wichtigste verkehrspolitische Entscheidung an: Innenstadt-Tunnel oder Verkehrswende? Die GEW Köln ist Teil des Bündnisses „Verkehrswende“ und steht für die vernünftigere Lösung! // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**



Im Bündnis „Verkehrswende Köln“ ist neben dem „AK Barrierefreies Köln“, „attac Köln“ und weiteren Organisationen sowie Einzelpersonen auch der Kölner Stadtverband der GEW vertreten

Die Liste der Erstunterzeichner\*innen ist lang. Vom Bezirksbürgermeister der Innenstadt über ehemalige Schulleiterinnen, aktive Lehrkräfte und frühere DGB-Vorsitzende bis hin zu Professor\*innen für Städteplanung und dem Kabarettisten Jürgen Becker haben schon beinahe 4.000 Kölnerinnen und Kölner gegen die verrückte Idee unterschrieben, dem Auto auf der Straße Platz zu machen, indem die Straßenbahn das Mauritiusviertel künftig durch einen Tunnel unterquert.

## Tunnel? - War da nicht was?

Am 3. März vor genau 15 Jahren kam es beim Bau des KVB-Tunnels für die Nord-Süd-Stadtbahn (heutige Linie 17) zu dem tragischen Unglück, bei dem das „bedeutendste Stadtarchiv in ganz Deutschland“ (Süddeutsche Zeitung, 17.5.2010) im Boden versank und durch den Einsturz des daneben liegenden Wohnhauses ein 24-jähriger Student und sein Mitbewohner, ein 17 Jahre alter Bäckerlehrling, ihr Leben verloren. Wegen der starken Beschädigungen der Gebäude verloren 36 Anwohner\*innen der benachbarten Häuser ihre Wohnungen.

Die Gründe für diese Katastrophe reichten von Betrug, Baugefährdung und Diebstahl von Baumaterial über die Fälschung von Messprotokollen bis hin zur unzureichend durchgeführten Bauaufsicht durch den Bauherrn KVB. Heute trauern Familien um ihre Angehörigen, sind unwiederbringlich wertvolle Zeugnisse der Stadtgeschichte vernichtet ... und wir haben eine neue U-Bahn, die nicht besonders stark genutzt wird.

Einen Tunnel zu bauen ist – im Vergleich zu überirdischen Lösungen – aber für all diejenigen profitabler, die daran verdienen. Böse Stimmen behaupten sogar, dies sei der vornehmlichste Grund, weshalb unterirdische Projekte überhaupt ins Spiel gebracht werden.

## Ziel der Petition

Im Petitionstext heißt es: „Die Bundesregierung hält laut Koalitionsvertrag eine Verdopplung der Kapazität des ÖPNV bis 2030 für klimapolitisch erforderlich. Daran anknüpfend fordern FridaysForFuture in ihrem verkehrspolitischen Sofortprogramm zu Recht eine Ausbau- und Qualitätsoffensive im ÖPNV. Nur so sind die klimapolitischen Ziele im Verkehrssektor erreichbar.“

Und weiter: „In Köln ist all dies nur möglich, wenn das Schienennetz der KVB massiv ausgebaut wird. Die Steuermilliarden, die ein Ost-West-Tunnel kosten würde, müssen jetzt in den Ausbau der KVB investiert werden. Damit können nicht nur die Kapazität der Linie 1 oberirdisch erweitert, sondern zahlreiche weitere Erweiterungen des Schienennetzes und des Wagenparks finanziert werden.“

Eines ist klar: Beides zusammen geht nicht, dafür fehlen der Stadt Mittel und Personal. Das haben wir bei dem Nord-Süd-Tunnel gesehen, der immer noch nicht fertig ist. Seit Baubeginn 2004 sind oberirdisch nur 3,5 Schienenkilometer neu gebaut worden.“

Stattdessen will das Bündnis „Verkehrswende Köln“, dem auch die Kölner GEW angehört, neben dem oberirdischen Haltestellen-Ausbau und einer Takterhöhung für die 60-Meter-Statbahnen „auch eine massive finanzielle Aufwertung und bessere Arbeitsbedingungen für das Fahrpersonal von Bus & Bahn, wie von der Gewerkschaft ver.di zu Recht eingefordert.“ Eine Ausdünnung der Fahrpläne wegen angeblichen oder tatsächlichen Personalmangels, wie in letzter Zeit immer häufiger geschehen, sei „das Gegenteil von Verkehrswende“.

Die Petition wird vor der entscheidenden Ratssitzung (voraussichtlich im Juni dieses Jahres) an Oberbürgermeisterin Reker übergeben.

Hier geht's zum vollständigen Text „Begründung der Petition“:



Hier könnt ihr die Petition „Oben bleiben!“ online zeichnen:



## Auszug aus der Petition:

Wir fordern den sofortigen Stopp der Planungen des Ost-West-Tunnels quer durch die Kölner Innenstadt. [...] zwischen Heumarkt und Aachener Weiher [...].

## Was würde ein Tunnelbau bedeuten?

- mindestens eine Milliarde Euro Kosten, wahrscheinlich weitaus mehr durch Preisanstiege und archäologische Funde, ohne dass Mehrkapazitäten gegenüber einer oberirdischen Lösung geschaffen würden; [...]
- eine jahrzehntelange Großbaustelle und Verkehrschaos in der Innenstadt; jahrelange Sperrung des Innenstadttunnels der Linien 3, 4 und 18 am Neumarkt;
- rund 100.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Tunnel-Kilometer. Der Tunnelbau wäre ein städtebauliches und klimapolitisches Desaster! Eine oberirdische Ertüchtigung der Ost-West-Achse ist um ein Vielfaches schneller, preiswerter, umweltfreundlicher und barrierefreier umsetzbar.



## Judith Gövert wird erste Frau an der Spitze der DGB-Region Köln-Bonn

DGB-Bezirksvorstand NRW wählt Gövert zur neuen Regionsgeschäftsführung. Pressemitteilung vom 10. November 2023 des // **DGB Köln-Bonn**

## Stimmen aus der Region:

### Jeanine Pollex, Vorsitzende der DGB Frauen Köln:

„Mit Judith bekommt der DGB eine erfahrene Frau an die Spitze. Darüber freue ich mich sehr. Judith Gövert prangert Missstände in Gesellschaft und Betrieb mit Nachdruck an und ist dabei jederzeit zum Dialog bereit. Sie setzt sich deutlich für eine Arbeitnehmer\*innenfreundliche Arbeitswelt ein und mit ebenso großem Engagement für die gesamtgesellschaftlichen Themen dieser Zeit, sei es das solidarische Miteinander, Friedenspolitik oder ganz aktuell die Situation in den Kitas. Ich wünsche ihr für die neue Aufgabe einen guten Start und eine erfolgreiche Zeit.“

Foto: DGB Köln-Bonn

Einstimmig wurde Judith Gövert am heutigen Freitag auf der Sitzung des Bezirksvorstands des DGB NRW von den acht Mitgliedsgewerkschaften zur neuen Geschäftsführerin der DGB-Region Köln-Bonn gewählt. Die 38-Jährige tritt die Nachfolge von Jörg Mährle an, der im August nach kurzer schwerer Krankheit überraschend verstorben war.

## Persönliches

Judith Gövert wurde 1985 im Ruhrgebiet geboren und wuchs in Dortmund auf. Nach einem Auslandsjahr in Bolivien kam sie 2005 nach Köln und studierte in Köln und Oviedo Politikwissenschaften, Geschichte und Romanistik (Regionalwissenschaften LA). Seit dem Jahr 2012 arbeitet sie beim DGB in Köln: zuerst als Jugendbildungsreferentin, danach als Gewerkschaftssekretärin. Zuletzt war sie u.a. für Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis zuständig. Judith Gövert ist Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder.

## Klimawende sozial gestalten

Gövert erklärt: „Die ökologische Wende und die Digitalisierung stellen tiefgreifende Herausforderungen für Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft dar. Wir stehen zu den Klimazielen von Paris und zum massiven Ausbau unserer Infrastruktur. Die Veränderungen verursachen bei den Menschen aber auch Unsicherheiten und Ängsten. Wir sind überzeugt: Diese Wende kann nur gelingen, wenn sie sozial gestaltet wird. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass die Sicher-

**Sercan Karaagac, Vorsitzender der DGB-Jugend Köln:** „Ich freue mich, dass mit Judith Gövert eine Geschäftsführerin gewählt wurde, die die Themen der Jugend fest im Blick hat.“

heit der Arbeitsplätze und die sozialen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Hier sehen wir unsere besondere Verantwortung.“

Gerechtigkeit ins Bildungssystem

Sie bekräftigt: „Mein besonderes persönliches Engagement gilt einem Bildungssystem, das gerecht und finanziell gut ausgestattet ist. Ich finde es unerträglich, dass soziale Herkunft immer noch über den Bildungserfolg entscheidet. Ich werde mich für mehr Chancengleichheit in allen Bildungsbereichen einsetzen. Dazu gehört eine gute Förderung aller Kinder und jungen Menschen von der Kita bis zum Berufseinstieg. Eingeschränkte Öffnungszeiten, Notfallkonzepte und überlastete Fachkräfte in Kitas; fehlende Schulplätze an Grund- und Allgemeinbildenden Schulen und mies ausgestattete und marode Berufskollegs - hier besteht in Köln und der Region dringender Handlungsbedarf.“

## Kooperationen gegen Rechts und für Soziales

Gövert kündigt an: „Wir werden uns weiter in die Debatten einmischen und an die gute Zusammenarbeit z.B. mit dem Mieterverein, den Sozialverbänden, den Kammern und „Köln stellt sich quer“ anknüpfen. Der DGB und seine Gewerkschaften werden sich weiterhin mit guten Vorschlägen und kreativen Aktionen für eine zukunftsfähige und soziale Politik in der Region Köln-Bonn einsetzen.“

Die DGB-Region Köln-Bonn umfasst die Gebietskörperschaften Köln, Bonn, Leverkusen, Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis, Rhein-Erft-Kreis und Oberbergischer Kreis.

**Dr. Witich Roßmann, Vorsitzender des DGB Stadtverbands Köln:** „Ich freue mich, dass Judith Gövert sich bereit erklärt hat, die verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen die Nachfolge von Jörg Mährle als Geschäftsführerin anzutreten. Die Kölner Gewerkschaften haben sich geschlossen für sie ausgesprochen und freuen sich, dass der Landesvorstand ihrem Wunsch gefolgt ist.“

## Ergebnisse der Online- Umfrage

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe

Februar 2024



### Erfolge und Forderungen der GEW

Die Umfrageergebnisse stützen die **Forderungen der GEW nach besseren Arbeitsbedingungen**. Seit langem setzen sich die Personalräte bei den Bezirksregierungen und der Hauptpersonalrat - alle mit GEW-Mehrheit - dafür ein, dass das Thema Gewalt gegen Beschäftigte ernsthaft in den Blick genommen wird und wirksame Maßnahmen zum Schutz installiert werden. Ein erster Erfolg zeichnet sich ab: Auf den Schulbereich zugeschnittene **Deeskalations- und Sicherheitstrainings** sollen baldmöglichst kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Die GEW begrüßt dies, fordert aber weitere Maßnahmen wie ein **vereinfachtes Meldeverfahren bei Gewalt gegen Beschäftigte**, die verpflichtende Umsetzung eines **umfassenden Schutzplans für betroffene Beschäftigte** und die Installierung der verpflichtenden **Gefährdungsbeurteilung Gewalt**.

Für die besonders wichtige Beziehungsarbeit im Bereich der Gewaltprävention ist es erforderlich, dass die Anzahl an Lehrkräften für Sonderpädagogik und weiterem pädagogischen Personal an Förderschulen erhöht und damit Lerngruppen verkleinert werden können. Die GEW hat sich erfolgreich für den **Ausbau von Studienstandorten und -plätzen** eingesetzt und macht sich aktuell für einen **schnellstmöglichen qualifizierten Seiteneinstieg (OBAS-SF) an Förderschulen** stark. Sie fordert weiterhin die gesetzlich festzuschreibende **deutliche Verringerung der Klassenfrequenzwerte**.

### GEW-Forderungen im Überblick

- Gefährdungsbeurteilung Gewalt (§§ 5, 6 ArbSchG)
- Meldeverfahren bei Gewalt – einfach, digital, rechtssicher
- Schutzplan mit Nachsorge für betroffene Beschäftigte an jeder Schule
- Deeskalations- und Sicherheitstrainings für Kollegien – angepasst an Förderschwerpunkte, flächendeckend, regelmäßig, kostenlos
- Soziale Ansprechpartner:innen (SAP) in allen Regierungsbezirken
- Supervisionsangebote – flächendeckend, kostenlos
- Unterstützung der Schulen auf dem Weg zur Installierung erforderlicher Hilfen für selbst- und fremdgefährdende Schüler:innen
- Umsetzung des „Übereinkommens Nr. 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt“, insbesondere Artikel 6, 9, 10 und 11. <https://www.recht.bund.de/bgb/2/2023/142/VO.html>
- Ausweitung der Studienstandorte auf alle Förderschwerpunkte
- Qualifizierter Seiteneinstieg an Förderschulen (OBAS-SF)
- Verringerung der Klassenfrequenzwerte
- Verbesserung der Schulraumsituation



## Gewalt durch Schüler und Schülerinnen gegenüber Beschäftigten an Förderschulen

### Repräsentative Umfrage

Nach den Sommerferien 2023 haben wir als GEW-Landesfachgruppe Sonderpädagogische Berufe eine Umfrage zu Gewalt gegen Beschäftigte an den Förderschulen NRW durchgeführt. Beteiligt haben sich rund 3.000 Lehrkräfte, Schulleitungen und weitere pädagogische Fachkräfte. Die Antworten beziehen sich auf eigene Gewalterfahrungen in Schule in den letzten 5 Jahren.

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme an unserer Umfrage!

### Alarmierende Ergebnisse

Die Ergebnisse bestätigen nicht nur die negativen Werte der letzten COPSOQ-Erhebung zur gesetzlich vorgeschriebenen Gefährdungsbeurteilung psychosozialer Belastungen der Beschäftigten in den Schulen NRWs. Sie legen erstmals die Ausprägung von Gewalt, die Folgen für die Beschäftigten und den Umgang mit Gewalt in der Schule offen.

**Körperliche Gewalt** erfahren **94 %** der Beschäftigten, davon **60 %** mehrmals im Monat, **10 %** mehrmals **am Tag** an GG-Schulen

**Verbale Gewalt** erfahren **93 %** der Beschäftigten, davon **63 %** mehrmals im Monat, **14 %** mehrmals **am Tag** an ES-Schulen

**Psychische Gewalt** erfahren **78 %** der Beschäftigten, davon **43 %** mehrmals im Monat, **7 %** mehrmals **am Tag** an ES-Schulen



Bezirk Arnsberg  
Dagmar.Feldhaus@gew-nrw.de  
02921-3442123



Bezirk Münster  
Claus.Funke@gew-nrw.de 02362-9997311



Bezirk Köln  
Martina.Hafer@koss@gew-nrw.de  
0221-635124



Bezirk Düsseldorf  
Philipp.Einfalt@gew-nrw.de 0177-2385008



Bezirk Münster  
Bettina.Marzinzik@gew-nrw.de 02861-61320

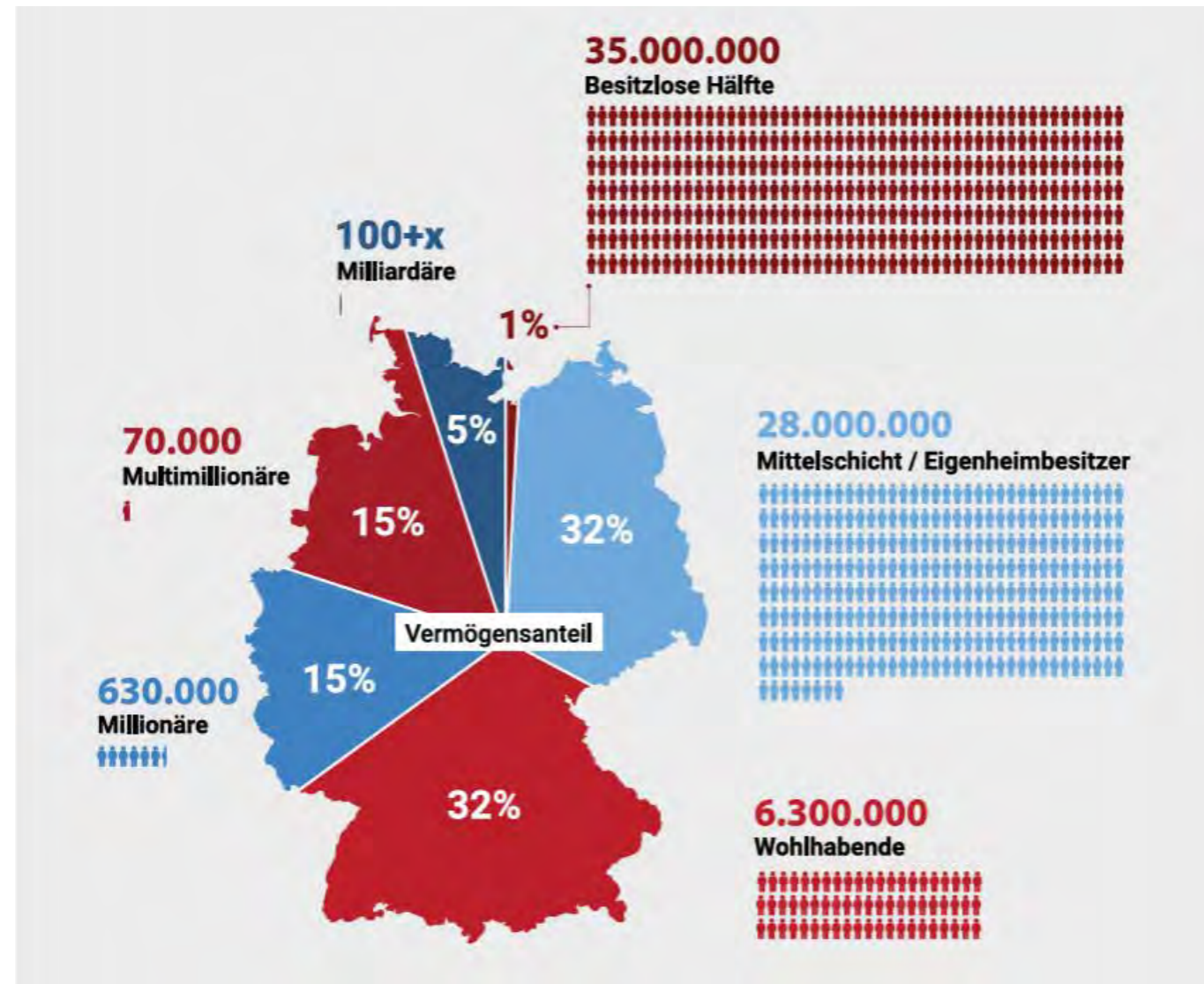


Bezirk Detmold  
Stephan.Osterhage-Klingler@gew-nrw.de  
0151-52590568

### Handlungsempfehlungen für Betroffene, Kollegien und Schulleitungen

- Melden Sie erfahrene Gewalt und Bedrohung auf jeden Fall schriftlich als Dienstunfall, wenn Sie verbeamtet sind, und als Arbeitsunfall, wenn Sie tarifbeschäftigt sind! Formulare sind in der Schule vorhanden.
- Auch verbale und psychische Gewalt kann körperliche Beschwerden wie Schlafstörungen, Magenprobleme, Bluthochdruck etc. hervorrufen. Diese sollten ebenfalls in Form einer Dienstunfallanzeige bzw. Arbeitsunfallanzeige gemeldet werden!
- Melden Sie diese Vorfälle auch Ihrem zuständigen Personalrat bei der Bezirksregierung – denn dieser setzt sich für Sie ein, er wird aber nicht automatisch informiert!
- Nutzen Sie ebenfalls das sog. Verbandbuch der Schule, um physische und psychische Gewaltvorfälle zu dokumentieren! Dies ist besonders für später auftretende gesundheitliche Folgen wichtig. Manche Schulen verwenden bereits die digitale Form des Verbandbuchs.
- Lassen Sie sich von den Fachleuten der Regionalen Beratungsstelle Schulpsychologie unterstützen! Von Gewalt betroffene Beschäftigte erhalten in der Regel zügig einen Ersttermin und weitere Betreuung. Diese Angebote sind kostenlos.
- Nutzen Sie die kostenlose Beratungshotline „Sprech:Zeit24/7“ der BAD GmbH unter der Telefonnummer 0800 0007715, die rund um die Uhr anonym erreichbar ist!
- Fassen Sie in der Lehrerkonferenz einen Beschluss über Schutzmaßnahmen und deren Umsetzung für betroffene Beschäftigte!
- Schulleitungen oder deren Vertretungen sind aus „dienstlicher Fürsorgeverantwortung“ für die betroffenen Beschäftigten gehalten, Strafanzeige und/oder Strafantrag gegen tätlich gewordene Schüler:innen zu stellen. Zu den typischen Delikten im Schulbereich gehören strafbare Handlungen wie zum Beispiel Beleidigung, üble Nachrede, Körperverletzung, Bedrohung, Diebstahl und Sachbeschädigung. Zum weiteren Opferschutz soll für den Schriftwechsel mit Behörden die Dienst- bzw. Schulschrift angegeben werden, nicht die Privatadressen der geschädigten Person und weiterer Zeug:innen (vgl. Krisenprävention, MSB, Jan. 2023, S. 187 ff.).
- Schulleitungen können ggf. § 54 Abs. 3 SchulG anwenden, um konkrete Hilfen für selbst- und fremdgefährdende Schüler:innen auf den Weg zu bringen.
- Unsere GEW-Expert:innen in den Personalräten beraten Sie gern!





Deutsche Vermögensverteilung (aus: Netzwerk Steuergerechtigkeit [Hg.]: „Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2023“, S. 12, 2023)

## Dekadenz!

Die Ungerechtigkeit nimmt unerträgliche Formen an! Wer kann das Ruder rumreißen? // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Der Begriff Dekadenz bezeichnet einen „kulturellen Niedergang“ und „sittlichen Verfall“. In der Kunst werden darunter Stilrichtungen zusammengefasst, die das „morbid Spätstadium einer Gesellschaft zum Ausdruck bringen“. So jedenfalls ist es im „Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache“ (DWDS) nachzulesen, das fast alles zum deutschen Wortschatz von 1600 bis heute zu bieten hat und von der „Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften“ betreut wird.

Befinden wir uns im Niedergang? Herrscht der Verfall?

Die Anzeichen von Dekadenz scheinen jedenfalls stark zuzunehmen ...

### Das Börsenjahr 2023

Die Kursgewinner des Jahres 2023 an der Deutschen Börse waren die Waffenschmiede „Rheinmetall“ (+ 54 Prozent über das gesamte Jahr), der Betonhersteller „Heidelberg Materials“ (+ 52 Prozent) und auf Rang drei der Kunststoff-Produzent „Covestro“ mit einem Plus von beinahe 40 Prozent. Herzlichen Glückwunsch an Konzerne, die ihr Geld mit lebensschädlichen Produkten verdienen!

Der absolute Verlierer war die Energietechnik-Sparte von Siemens, die ihr Geschäft mit Windkraft und erneuerbarer Stromproduktion macht. 2023 verzeichnete „Siemens Energy“ ein Minus von über 30 Prozent. Was für ein Widerspruch! - Lebensfeindliche

**2024 erreichten die Topmanager:innen in Deutschland das durchschnittliche Jahres-Einkommen der Beschäftigten bereits am 6. Januar um 10.30 Uhr!**

(vgl.: Jasper Bitter: „Sie verdienen ein Jahresgehalt in Tagen“, in: Bild.de, 5.1.2024)



Die Macht, die entstände, gingen Beschäftigte und Klimabewegung gemeinsame Wege, wäre immens! Hier: Logo der Streikenden im Nahverkehr in Union mit „Fridays For Future“.

Produktion macht Rendite, nachhaltige Sektoren geraten auf's Abstellgleis.

Dekadenz an der Spitze, Verfall für Kund:innen und Beschäftigte

Apropos! - Bei der Deutschen Bahn, die laut WDR-Angaben seit 1994 rund 600 km Schienenstrecke allein in NRW stillgelegt hat, wurden für das vergangene Jahr 2023 keine Boni an die Konzernvorstände ausbezahlt. Auf [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) lautet die Überschrift des entsprechenden Artikels: „Bahn-Vorstände bekommen für 2023 keine Boni“.

Das macht den acht Vorstandsmitgliedern aber wenig, da sie zum selben Zeitpunkt die Boni für das Jahr 2022 nachgezahlt bekamen (diese waren an die Strompreisbremse gekoppelt und lagen daher auf Eis). Man tut also, als würde man sich in Bescheidenheit üben. In Wahrheit verzichtet man lediglich auf eine doppelte Boni-Auszahlung. Aus 2022 fließen nun - wohlgermerkt zusätzlich zum ohnehin üppigen Grundgehalt - 1,26 Mio. Euro an Bahn-Vorstandschef Richard Lutz, 736.000 Euro an Personalvorstand Peter Seiler sowie 699.000 Euro an Infrastrukturvorstand Huber.

### Fat Cat Day

Als „fat cat“ werden laut „Cambridge Dictionary“ nicht übergewichtige Katzen im Vereinigten Königreich bezeichnet, sondern Personen, „die viel Geld haben, vor allem solche in verantwortungsvoller Position in einem Unternehmen, mit der Befugnis, die eigene Bezahlung selbst zu bestimmen“.

Beim sogenannten „Fat Cat Day“ handelt es sich um den Tag im Jahr, bis zu dem einer dieser Topmanager:innen bereits so viel Geld „verdient“ hat wie eine durchschnittliche:r Arbeitnehmer:in im gesamten Jahr.

In Deutschland wird dieser Tag nach den Bezügen der Konzernvorstände berechnet, die im DAX und im MDax gelistet sind (die 90 größten an der Börse gehandelten Unternehmen in Deutschland).

Laut Tageszeitung DIE WELT lag der „Tag der fetten Katzen“ im Jahr 2018 auf dem 5. Januar. 2020 erreichten die Topmanager:innen das durchschnittliche Arbeitnehmer-Einkommen bereits nach 3,5 Tagen! (Karsten Seibel: „Fat Cat Day“: Jetzt verdient Ihr Chef mehr als Sie im ganzen Jahr. In: DIE WELT. 7.1.2020)

Die Bild-Zeitung hat den Termin des „Fat Cat Day“ international verglichen und kam zu dem Schluss, dass es in keinem der Länder (von den USA über China bis nach Norwegen) länger als einen Monat dauert, bis eine Topmanager:in auf das durchschnittliche Jahresgehalt der Beschäftigten kommt.

### Klima

Ende 2023 kam eine Studie zu dem Ergebnis, dass die Welt „trotz des Pariser Klimaabkommens (...) ungebremst auf eine katastrophale Entwicklung“ zusteuert. Und: „Die Klimakrise und extreme soziale Ungleichheit sind keine voneinander getrennten Krisen“.

Errechnet wurde, dass das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung (~ 80 Mio. Personen) für 16 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich sind und die ärmste Hälfte der Welt (~ vier Mrd. Menschen) „nur“ zu acht Prozent zu den weltweiten Treibhausgasen beitragen.

**„Recherchen des »Netzwerk Steuergerechtigkeit« und der Hans-Böckler-Stiftung belegen, dass die 200 Superreichen in Deutschland mindestens 1.400 Milliarden Euro ihr Eigen nennen. Damit besitzen sie 500 Milliarden mehr, als das Manager Magazin im November ausgerechnet hatte. Diese zusätzlich aufgespürte Summe übersteigt deutlich den gesamten Bundeshaushalt, sie würde ausreichen, das Bürgergeld für 5,5 Millionen Menschen fast 20 Jahre lang zu finanzieren.“**

(Annette Jensen: „Reiche machen Deutschland arm“, in: publik, 01/2024)

Bezeichnend ist der Titel dieser Untersuchung: „Klima der Ungleichheit - Wie extremer Reichtum weltweit die Klimakrise, Armut und Ungleichheit verschärft“.

Das Problem ist folglich immer stärker auf eine dekadente Lebensweise von wenigen Menschen zurückzuführen, die mehr und mehr zu Lasten und auf Kosten der übergroßen Mehrheit der (Welt-) Bevölkerung geht!

### Was man machen kann ...

Das „Oxford Komitee zur Linderung von Hungersnot“ (kurz: OXFAM), das in mehr als 90 Ländern vertreten ist, schlägt vor, über die Steuer den Reichtum zu steuern. Der an die aktuelle Vermögensverteilung angelehnte Vorschlag lautet: „Zwei Prozent auf Vermögen von über fünf Mio. US-Dollar, drei Prozent auf Vermögen von über 50 Millionen US-Dollar und fünf Prozent für Vermögen, die eine Milliarde US-Dollar übersteigen.“

Im „Bericht zur sozialen Ungleichheit 2024“ heißt es dazu auf Deutschland bezogen: „Allein in Deutschland könnten so [...] 85,2 Milliarden Euro pro Jahr generiert werden. In Deutschland müssten nur etwas mehr als 200.000 Menschen die Abgabe entrichten, das sind gerade einmal 0,24 Prozent der Bevölkerung.“

## Dennoch friedenslogisch denken und handeln!

Fortsetzung des Artikels aus dem „forum“ 2023-4, erschienen in der Rubrik AUS DEN GREMIEN (GEW-Arbeitskreis „Frieden und Internationales“ gegründet): Fünf zivilgesellschaftliche Arbeitsfelder // **Hanne-Margret Birckenbach, Trägerin des Göttinger Friedenspreise**

### 4. Friedensdiskurs lebensnah verankern

Friedenspolitische Diskurse finden auch in demokratischen Gesellschaften nicht das erhoffte und notwendige Interesse in der Bevölkerung. Sozialpsychologische Untersuchungen, die in der Zeit zwischen 1980 und 2000 gemacht wurden, haben gezeigt, wie Anforderungen in der Arbeits- und Lebenswelt dazu führen, dass Bürger:innen sich ausgeliefert oder überfordert sehen. Sie nehmen deshalb Haltungen ein, die ihnen den emotionalen und gedanklichen Zugang zum Thema politischer Friedensgestaltung verbauen. Heute sind diese Zusammenhänge vermutlich noch weit ausgeprägter. Denn die planetarischen Krisen werden auch in den wohlfahrtsorientierten Ländern stärker im Alltag gespürt. Der rasante Veränderungsdruck ermüdet. Es ist nachvollziehbar, wenn Bürger:innen politischen Auseinandersetzungen um Themen jenseits ihrer Erfahrungswelt aus dem Weg gehen.

Die Kolleg:innen in der schulischen und außerschulischen Friedensbildung haben aus solchen Befunden den Schluss gezogen, auf die Verknüpfungen zwischen persönlichen Erfahrungen in Mikrokonflikten und den Interpretationen des weltpolitischen Geschehens zu achten. Sie gestalten Friedensbildung daher erfahrungsnah und so, dass Teilnehmende sich als selbstwirksam erleben können. Ähnlich verfahren mediative Ansätze zur kommunalen Konfliktbewältigung im In- und Ausland. Die zivilen Fachkräfte arbeiten jeweils mit Personen und Gruppen zusammen, die in den lokalen Gemeinschaften verwurzelt sind, die dort Vertrauen genießen und um die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung und ihrer Traditionen wissen.

Auch jetzt im Ukraine-Krieg findet lebensnahe Friedensarbeit statt. Oftmals wird sie von Frauen ins Leben gerufen. Nur wenige können unter den Bedingungen des Krieges öffentlich auftreten. Dennoch gelingt über die zivilen Friedensdienste und andere Organisationen trotz der enorm schwierigen Bedingungen weiterhin transnationale

le Zusammenarbeit. Exemplarisch erwähne ich die »Women's Initiatives for Peace in Donbas(s)«. In dieser Initiative arbeiten Praktikerinnen, Mediatorinnen und Wissenschaftlerinnen aus der Ukraine, aus Russland, aus der Schweiz und aus Deutschland zusammen. Es handelt sich um eine besonders gelungene Form von Aktionsforschung.

Seit 2016 schaffen es diese Frauen sich lagerübergreifend über ihre unterschiedlichen Wahrnehmungen der Situation am konkreten Ort zu verständigen. Sie sprechen über ihre Bedürfnisse und die ihrer Familien. Es geht um Bildung, Arbeit und die Möglichkeiten mit den Angehörigen und Freund:innen auf der anderen Seite der Grenze und im anderen Lager Kontakt zu halten. Und sie überlegen, was sie für einander tun können. Sie geben einander die Kraft, um – jenseits von Propaganda – eigenständig zu deuten, was in und mit ihren Ländern geschieht. Die Arbeit dieser Gruppe ist für Akteure aus Kultur-, Wissenschaft und Bildung vorbildlich. Sie alle können jetzt viel zur Entgiftung der Kommunikation zwischen den Lagern beitragen.

Seit Abbruch der Minsker Verhandlungen fehlt allerdings auch dieser Fraueninitiative im Donbas(s) ein politischer Rahmen, in den sie ihre Überlegungen einfädeln und den sie mit frischen Gedanken versorgen können. Auch die finanziellen Ressourcen bleiben aus. Wie für alle Formen der Dialogarbeit ist es daher notwendig, dass schnell ein politischer Verhandlungsrahmen entsteht, in dem Frieden gewollt wird. Denn die Reichweite von lebensnaher Friedensarbeit hängt davon ab, ob diplomatische Kanäle sich für zivilgesellschaftliche Teilhabe öffnen. Und sie hängt davon ab, welche Verbindungen zu Entscheidungsebenen gezogen werden können. Vertrauensbildung zwischen diesen Ebenen bedarf eigener Anstrengungen. Nur vermittelt über Ombudspersonen und in geschützten Räumen können Akteure, die auf unterschiedlichen Ebenen Friedensarbeit leisten, darüber beraten, wie sie einander besser ergänzen.



Friedenslogik verstehen  
Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen  
ISBN 978-3-7564-1539-5, 232 S., € 22,90  
PDF: ISBN 978-3-7566-1539-1, € 21,99

### 5. Multiperspektivische Friedensdialoge wagen

Von dem Friedensforscher Klaus Horn habe ich noch als Studentin gelernt, dass die Anerkennung der eigenen Ohnmacht in komplexen Prozessen eine Voraussetzung für wirksames Friedenshandeln ist. Wenn ich nun die von mir genannten Arbeitsfelder bedenke, bekomme ich selbst einen Schreck. Den politischen Friedensdiskurs in Gang zu halten, an Oasen der Friedensentwicklung und der Umsetzung von globalen Verpflichtungen mitzuwirken, Stimmen aus dem globalen Süden zu Rate zu ziehen und ein Verständnis für die vielfältigen Ansätze von Friedensarbeit zu verbreitern: Mit diesen Hinweisen habe ich eine lange Antwort auf eine kurze Frage aus der Praxis gegeben und ein umfangreiches Programm für sehr viele Mitwirkende formuliert.

Es ist viel Arbeit, ein solches Programm kleinzuarbeiten. Wo immer unter den akuten Bedingungen etwas davon gelingt, öffnet sich ein Fenster für mehr Frieden im Unfrieden. Überall fehlen jetzt Gelegenheiten, die Menschen mit unterschiedlichen Kenntnissen, Positionen und Ängsten miteinander über Fragen der Friedensentwicklung ins Gespräch bringen. Nur so erfahren sie, welche Möglichkeiten zur Gewaltminderung und Konflikttransformation in dialogischen Verfahren stecken und in welcher Weise sie an Friedensentwicklungen teilhaben können.

Auf seiner Sitzung am 13. März hat der Geschäftsführende Vorstand (GfV) des GEW-Stadtverbands Köln folgende Positionierung beschlossen:

### Antrag „Waffenstillstand“ beschlossene Version

Der GEW-Stadtverband Köln solidarisiert sich mit allen Kriegsoptionen insbesondere mit seinen Kolleg\*innen aus dem Bildungssektor sowie den Kindern und Jugendlichen im Gaza-Streifen, der Westbank und in Israel. Als Gewerkschafter\*innen befürworten wir alle Handlungen, die weiteren physischen und psychischen Schaden an der Bevölkerung beenden und ihr Recht auf Leben schützen. Daher fordern wir die deutsche Regierung dazu auf, sich für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand einzusetzen und weitere Waffenexporte nach Israel und an Staaten, die die Hamas unterstützen, zu verhindern. Das ist die Grundlage für das Überleben der Bevölkerung und der Geiseln sowie für alle weiteren Schritte in Richtung Frieden.

Dieser Antrag wurde vom Arbeitskreis Frieden & Internationales eingebracht. Der AK trifft sich das nächste Mal am Dienstag, dem 23. April 2024, um 17.30 Uhr im GEW-Büro, Besprechungsraum.



## Aktive GEW-Ruheständler:innen treffen die „Grannies for Future“ Köln

Die GEW-Ruheständler:innen sind nicht nur kulturell, sondern auch klimapolitisch interessiert. // Lisa Löhr und Maria Backhaus, Aktive Ruheständler:innen

Das zeigte sich auf einer gut besuchten Veranstaltung im DGB-Haus, zu der die „Grannies4F“ Köln eingeladen waren. Dadurch, dass einige nicht nur in der Klimabewegung aktiv sind, sondern auch Gewerkschaftsmitglieder, lag es nahe, solch eine Veranstaltung zu initiieren.

Die „Grannies4F“, bei denen es sich keineswegs nur um Frauen handelt (wie der Name vermuten lassen könnte), stellten sich mit ihren Aktivitäten vor. 2019 gegründet, war die Motivation von Anfang an, sich zu engagieren, damit für die Generation der Ekelkinder die Erde noch bewohnbar sein wird.

### Unterschiedlichste Aktionen

- Die „Grannies4F“ sind an vielen verschiedenen Aktionen beteiligt:
- Organisation und Durchführung der globalen Klimastreiks
- Einmischung bei Bundes-, Landtags- und anstehender Europa-Wahl
- Einsatz für die Verkehrswende



Ein Markenzeichen der „Grannies4F“ sind die klimapolitischen Erkundungen in Köln und dem Kölner Umland. In Kooperation mit der Melanchthon Akademie laden die „Grannies4F“ zu Spaziergängen an klimapolitisch relevanten Orten ein, wie zum Beispiel Führungen mit dem BUND durch die Sürther Aue und andere Naturschutzgebiete. Auch wurde mit dem Leiter des Städtischen Forstamts das Waldlabor besucht. Ein anderes Mal stellte ein Biobauer der Solidarischen Landwirtschaft sein Konzept vor.

### Teil der Klimabewegung

Als Teil der Klimabewegung sind die „Grannies4F“ gut vernetzt. Sie haben einen Ratschlag der Future-Gruppen organisiert und nehmen immer am „Markt der Möglichkeiten“ teil, wo sich die verschiedenen Initiativen vorstellen.

Für Interessierte und Neugierige empfehlen die „Grannies4F“ den Besuch ihrer Website: [www.GranniesforFutureKoeln.de](http://www.GranniesforFutureKoeln.de).

## Die Ausstellung „Welt im Wandel“ im LVR-Museum Bonn

Eine anregende Schnuppertour und Appetiser zu Wiederholung und Ergänzung // Nanny Katzen-Stadter, Aktive Ruheständler:innen



– begann mit der Darstellung eines mittelalterlichen Andachtsbilds in Sandstein von Peter Osten – Ende des 16. Jahrh. (s. Foto 1). In diesem Bereich stellt das Museum den künstlerischen Austausch unter den Gedanken ‚Raum – Bewegung – Licht‘ in den Mittelpunkt zwischen Künstlern aus den Niederlanden, Süddeutschland und Italien, die jeweils in ihren Bildern Personen nicht als Portrait, sondern in Bewegung und unter damals neu erarbeiteten Lichtverhältnissen dargestellt haben (noch sehr an religiösen Themen ausgerichtet) – viele Beispiele nahmen thematisch den ‚Kampf um den richtigen Glauben‘ auf.

Mit der Phase der Düsseldorfer Malerschule (Foto 2) werden Landschaftsmalerei und Alltagsgeschichten des Bürgertums in den Mittelpunkt gestellt, im weiteren Zeitraum dominieren allerdings über das Thema ‚Weinanbau und Handel‘ Alltagstätigkeiten (und damit v.a. Arbeit und Lebensgestaltung aller beteiligten Menschen im Rheinland) in den Kunstwerken – zu unterscheiden über Kleidung und Tätigkeiten. Ein großer Ausstellungsbereich ist der Weinromantik in Landschaftsbildern gewidmet: Der Rhein als überregionale Verkehrsachse sorgte frühzeitig für ein Bild der ‚Weltoffenheit‘ – sichtbar vermittelt über ein Bild von Clarkson Stanfield (1835) ‚Kölner Rheinufer mit unvollendetem Dom‘ – von Bonn aus gesehen.



### „Zeichnen mit Licht“

Unsere Museumsführung ging mit diesen Grundlagen rasant durch die weiteren künstlerischen Entwicklungen – wesentlich geprägt durch die (neuen) technischen Möglichkeiten der Fotografie als ‚Zeichnen mit Licht‘. Ein gesonderter Ausstellungsbereich widmet sich den alten Kameras, den ersten Werken und Grundideen der Fotografie – und leitet über zu den ‚Künstlern der Weimarer Zeit‘, die sozialkritische Themen mit sog. ‚Neuer Sachlichkeit‘ in der Darstellung verbinden, Arbeitssituation und Portrait des Arbeiters stehen im Fokus.

Unsere Museumsführerin öffnete für uns auch noch den Blick auf die Künstlerarbeiten zum Aufbruch in die Bundesrepublik, eine Foto-Ausstellung zur Begründung der BRD ist gerade in Überarbeitung. Also rutschten wir kurzerhand ‚über die Jahrzehnte‘ direkt in die Künstler-Zeit ab 1960: „Mitten im Leben zwischen Pop und Protest“ – Themen aus dem echten Leben der Teilnehmergruppe stehen damit ‚künstlerisch verarbeitet‘ gebündelt in einem Raum – verdeutlicht mit einem Beispiel (Foto 3): eine Arbeit mit Holzmaterialien zum Waldsterben.

Dieser intensive Schnupperdurchgang zeigt, welche interessanten Schätze sich durch die Zeiten des Wandels in diesem Rheinland-Museum finden lassen, auch wenn wir viele zeitliche Stationen noch nicht intensiver kennenlernen und verschiedene Mitmach-Aktionen nicht erproben konnten: Diese Dauerausstellung ist offensichtlich eine Anregung zum Wiederkommen.

Ein Teil unserer Gruppe blieb noch in den Ausstellungsräumen, andere saßen anschließend im angrenzenden Cafe zum Austausch der vielen Eindrücke aus Rheinland-Perspektiven.

Das LVR-Museum Bonn bietet natürlich auch gezielt Museumsführungen für Schulklassen an, für Schulen in Köln und Bonn steht dabei kostenfrei (einmal pro Woche – zugesichert planbar in den nächsten drei Jahren) die Anfahrt mit einem Museumsbus bereit, über eine Spende der Sparkasse KölnBonn ermöglicht. (Absprachen und Infos unter [www.Landesmuseum-bonn.lvr.de](http://www.Landesmuseum-bonn.lvr.de)).

Am 21. Februar trafen sich über 20 Teilnehmende im LVR-Museum Bonn zum Ausstellungsbesuch „Welt im Wandel“. Erleben konnten alle eine fachlich hervorragend begleitete Führung als rasante Reise durch die Zeiten künstlerischen Arbeitens im Rheinland.

Aufmerksamkeit zog zunächst die Architektur im LVR-Museum auf sich. Eigentlich war die Sammlung der Exponate seit 1820 entstanden und wurde lange in einem palastähnlichen Gebäude aus der Gründerzeit in Bonn ausgestellt. In 2003 ist mit einem Neubau als Verbindung mit dem ursprünglichen Ausstellungsbereich ein lichtdurchflutetes großzügiges Ausstellungshaus entstanden. Die Ausstellungsfläche auf verschiedenen Ebenen bietet großzügig Platz für vielfältige Zugänge, wie sich die Welt im Rheinland gewandelt hat durch die Zeiten – sichtbar in der Kunst.

### Einstieg zur Römerzeit

Start ist natürlich auf der ersten Ebene ein umfassender Einstieg zur Römerzeit – das haben wir uns als Kölner:innen bei diesem Besuch ausgeklammert (ist in Köln reichlich zu finden!). Die Führung mit Einstieg auf der zweiten Ebene – als Schnuppern durch den Wandel

# Barock ganz ohne Fleischesmassen

Die Ruheständler:innen im Wallraf-Richartz-Museum // **Silke Weinberger-Brümmer, AS Aktive Ruheständler:innen**



**A**ls ich las, das Museum habe eine Sammlung niederländischer Barockkunst geerbt, war mein erster Gedanke: Hoffentlich hat die Stadt zum Dank nicht wieder eine große Baumaßnahme versprochen, die sie sich nicht leisten kann! - Aber nein, diesmal gab es nur eine Sonderausstellung zur Begrüßung, und das gehört sich bei einer solch großen (Dauerleih-)Gabe eigentlich auch. Die Ausstellung bekam den klangvollen Namen „Sammlerträume“, und im Dezember haben wir sie uns zeigen lassen.

Nun fällt mir beim Stichwort Barockmaler als einer der Ersten der Name Peter Paul Rubens ein. Der arbeitete in Brüssel, was ja quasi um die Ecke liegt und ebenfalls zum Habsburger Reich gehörte. Ich wurde ein wenig nervös. Es erwarteten uns doch hoffentlich nicht Großgemälde mit mythologischen Themen, braunen muskulösen Herren und rosigen, üppigen Damen, alle bunt, prächtig und reich, aber nicht allzu reichlich bekleidet? (Sie merken, trotz seiner Meisterschaft im Malen mag ich Rubens nicht wirklich.)

## Kontrast zu Rubens

Was wir zu sehen bekamen war aber eher ein Kontrastprogramm dazu: In dem einzigen Saal hingen etwa zwei Dutzend Bilder, von denen selbst das größte problemlos in ein normales Wohnzimmer gepasst hätte - von der Größe, nicht vom Preis. Der anonyme Stifter hatte wohl etwas mehr Geld und konnte sich deshalb alle gestifteten Bilder in seinem Haus aufhängen.

Die Herren trugen alle hochgeschlossene schwarze Röcke, die Damen waren zumindest beim Kirchgang ähnlich gewandet, Dekolletés und zu bunte Farben galten wohl eher als anrühlich. Wie kommt's? Nun, Belgien war katholisch, die Niederländer:innen aber calvinistisch. Ihre Maler malten deshalb zum Teil auch andere Themen. Wir sahen keine Sagen gestalten, sondern meist Stilleben, Landschaften und Genre-Szenen.

Das opulenteste Werk im Raum war das einzig religiöse und von dem einzigen Maler, dessen Namen ich kannte: Jan Breughel (Sohn des noch berühmteren Pieter), der nach seiner Vorliebe für Florales auch Blumen-Breughel genannt wird. Seine „Blumen- und Fruchtgirlanden mit Maria und dem Kind“ (man beachte die Reihenfolge) waren zwar ausgesprochen prächtig und wurden von Barockengeln gehalten, aber die Enden des Blumengebildes erden die verzückten Betrachter:innen dann wieder - sie bestehen aus Kohlköpfen und Kürbissen.

## Unbekannte Meister

Bei Nennung der anderen Künstlernamen konnte ich nur versuchen, ein intelligentes Gesicht zu machen, um meine Ignoranz zu verbergen. Aber Hand aufs Herz: Haben Sie die Namen Salomon van Ruysdael, Ossian Beert oder Ambrosius Bosschaert schon gekannt? Von letzterem (den Namen schreibe ich freiwillig nicht zweimal) stammte das originellste Werk, nicht von der Thematik (ein Blumenstilleben), sondern von der Herstellung. Während andere auf Holz malten, nahm

er Kupfer als Untergrund. Das war zwar entsetzlich kompliziert in den Vorarbeiten, aber Kupfer und Farbe bekommen keine Risse, Holz aber sehr wohl.

Natürlich wollten auch manche Niederländer:innen mit ihrem Reichtum angeben. Das merkte man auch an den Bildern mit den gemalten Blumensträußen, zusammengesetzt aus allem, was in der Realität nie gleichzeitig blühte. Und eine Blume durfte keinesfalls fehlen: die Tulpe, vor dem Börsencrash 1631 Spekulationsobjekt und Ausdruck von höchstem Luxus.

Die beiden auch zeitgeschichtlich interessanten Bilder hingen nebeneinander. Eins zeigte ein Kircheninneres, ganz in hellen Grautönen mit schwarzen Einsprengeln, den Kirchgänger:innen. Ganz klein im Hintergrund erkannte man auf der Kanzel den gestikulierenden Prediger. Das war der grimmig dreinblickende Herr vom nebenhängenden einzigen Portrait. Man glaubte unserer Führerin sofort, dass er sich, ein Konvertit, höchst unbeliebt gemacht hatte, weil er calvinistischer als Calvin war (päpstlicher als der Papst passt hier ja nicht so recht).

Die kleine Ausstellung mit den vielen verschiedenen Themen sollte eigentlich im Januar enden, ist jetzt aber bis 2025 verlängert worden. Man kann sich also noch selbst von der Qualität der unbekannt Bilder überzeugen. Die Kölner:innen unter uns können das an jedem ersten Donnerstag im Monat (Köln-Tag) sogar bei freiem Eintritt. Machen Sie ruhig Gebrauch davon.

Fotos: Heiga Pennartz.



## Die AfD ist ...

### ... für Steuergeschenke an Superreiche

Während die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht, sollen Superreiche nach dem Willen der AfD künftig noch weniger Steuern zahlen. Damit fehlt nicht zuletzt Geld für soziale Sicherungssysteme und die öffentliche Daseinsvorsorge.

### ... gegen die Interessen der Beschäftigten

Egal ob Gas- und Strompreisbremse, Energiepauschale, Schutz vor steigenden Mieten oder Verlängerung des Kurzarbeitergeldes - jede Entlastung der abhängig Beschäftigten in der Krise lehnte die AfD ab. Sie ist gegen das Bürgergeld und gegen gute Rahmenbedingungen in der dualen Berufsausbildung, für die der DGB seit vielen Jahren kämpft.

### ... gegen eine sichere Rente

Statt auf eine Stärkung der gesetzlichen Rente setzt die AfD auf individuelle Vorsorge, die v.a. privaten Konzernen und Versicherungen nutzt. Außerdem spricht sich die AfD vehement gegen die Grundrente aus, von der vor allem Geringverdienende und Frauen profitieren.

### ... gegen Arbeitnehmerschutz und Mitbestimmung

Immer wieder fordert die AfD den Abbau grundlegender Arbeitnehmer\*innenrechte und eine weitere „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“. Die demokratische Mitbestimmung im Betrieb lehnt die AfD ab.

### ... für ein Familien- und Geschlechterbild von vorgestern

Die AfD will die mühsam erkämpften Errungenschaften der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung aushebeln und lehnt jede Form der Gleichstellungspolitik ab. Die AfD steht für eine systematische Zurückdrängung von Frauen aus der Arbeitswelt.

NRW DGB

#noAfD  
Keine Alternative  
für Beschäftigte

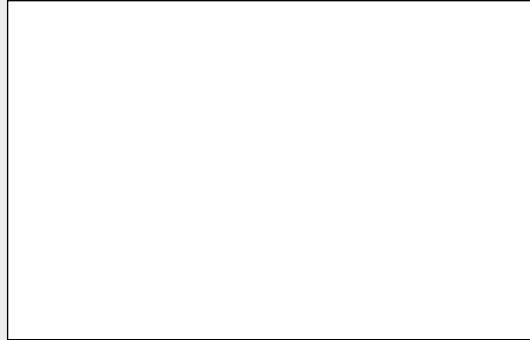


Die AfD:  
arbeitnehmer\*innenfeindlich,  
rassistisch, rechtsextrem



100% DGB, 100% DGB, 100% DGB  
für Beschäftigte in NRW  
https://www.afd-aktiv.de





**// Geschäftsstelle //**

**Einladung zur Mitgliederversammlung**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur

**Mitgliederversammlung der GEW Köln  
am 24. April 2024 von 17h30 – 20h00 im großen Saal des DGB-  
Hauses (Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, 1. Stock)**

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

**Vorschlag zur Tagesordnung:**

**TOP 0 Vorstellung von Judith Gövert (neue Geschäftsführerin des DGB Region Köln/Bonn)**

**TOP 1 Was tun gegen rechts?**

- a) Kurzinput Witich Roßmann (Vorsitzender des DGB Köln)
- b) Veranstaltungsreihe der GEW Köln „GEWerkchaft gegen rechts“
- c) Austausch & Diskussion

**TOP 2 Austausch & Berichte**

- a) Berichte aus den Fachgruppen (FG), Ausschüssen (AS) und Arbeitskreisen (AK)
- b) Bericht aus der Kooperation „Bergisch-Köln“
- c) Sonstige Berichte

**TOP 3 Rechenschaftsbericht & Finanzen**

- a) Rechenschaftsbericht des GFV
- b) Finanzen:  
Haushalt 2023: Jahresabschluss 2023  
Haushalt 2024: Vorstellung & Beschluss über den Haushaltsplan 2024

**TOP 4 Anträge**

- a) Anträge zu Satzung & Wahlordnung
- b) sonstige Anträge

**TOP 5 Verschiedenes**

**Anträge an die MV müssen bis zum 17. April 2024 in der Geschäftsstelle eingegangen sein.** Fristgemäß eingereichte Anträge sowie eine aktualisierte Tagesordnung werden danach zeitnah auf der Webseite der GEW Köln veröffentlicht.

Herzliche GEWerkchaftliche Grüße  
der Geschäftsführende Vorstand

